Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 303. Sonnabend den 29. Dezember. 1849.

Abonnements-Anzeige.

Mit dem 1. Januar k. J. beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf die Breslauer Zeitung. Wir laden hierzu ergebenst ein.

Die Breslauer Zeitung behauptet durch ihre zahlreichen Verbindungen im In- und Auslande den Rang neben den ersten deutschen Blättern, für welche sie fast täglich eine reichhaltige Quelle darbietet. Sie ist stets darauf bedacht, an den Orten, welche für die Politik der Gegenwart Bedeutung erhalten, gut unterrichtete Correspondenten zu gewinnen. In dieser Thätigkeit wird die Breslauer Zeitung fortfahren und die Verbindungen noch zu erweitern bemüht sein.

Unter der Rubrik „Provinzial-Zeitung" werden die speziellen Interessen Schlesiens in größerer Vollständigkeit, als es bisher der Fall sein konnte, behandelt werden.

Auch den gewerblichen und Handels-Interessen soll eine umfassendere Aufmerksamkeit gewidmet werden und ist der Sekretär der Handelskammer, Herr Simson, welchem die reichhaltigsten Materialien in diesem Fach zugänglich sind, für den genannten Theil der Zeitung gewonnen worden. Verbindungen mit den Handelskammern und Gewerberäthen Schlesiens sind angebahnt.

Die doppelte Aufgabe, welche sich die Breslauer Zeitung gestellt hat, mit der allgemeinen politischen Zeitung eine Provinzial-Zeitung zu verbinden, hat die Erweiterung des Raumes unerläßlich gemacht. Die Breslauer Zeitung wird demnach in vergrößertem Format erscheinen.

Die Breslauer Zeitung wird den politischen Standpunkt festhalten, den sie bisher zwischen den extremen Parteien eingenommen hat. Sie wird sich und zwar insbesondere für Schlesien als Organ der Bestrebungen aller derer betrachten, welchen es mit der Durchführung der konstitutionellen Grundsätze und der Herstellung eines deutschen Bundesstaates Ernst ist. — Außer den dem Publikum durch ihre bisherige Mitwirkung bekannten Männern, außer der thätigen Theilnahme gleichgesinnter Mitglieder beider Kammern, sind es Namen wie Braniß, Cauer, Gräff, Haase, Lewald, T. Molinari, Roepell, Stenzel, Wasserschleben, Wilda u. a., welche wir nicht nur als neu gewonnene Mitarbeiter nennen dürfen, sondern welche auch zu der Zeitung in ein näheres Verhältniß getreten sind.

Die Zeitung erscheint, mit Ausnahme der drei zweiten Festtage, täglich, und zwar in der Regel des Morgens, nur an den allen Sonn- und Festtagen zunächst folgenden Tagen des Nachmittags.

Der vierteljährliche Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung ist am hiesigen Orte 1 Rthlr. 15 Sgr., auswärts im ganzen preußischen Staate 1 Rthlr. 24½ Sgr. incl. Porto.

Die auswärtigen Abonnenten wollen die Bestellungen bei der nächsten Postanstalt so zeitig veranlassen, daß diese vor dem 1. Januar bei dem hiesigen königl. Ober-Post-Amte eingegangen sind. — Die Ablieferung der Zeitung zur Post erfolgt stets in promptester Weise.

Die hiesigen Abonnenten wollen die neuen Pränumerationsscheine in einer der ihnen zunächst gelegenen nachstehenden Kommanditen, welchen die Morgen-Ausgabe der Zeitung um 6 Uhr, die Nachmittags-Ausgabe um 5 Uhr geliefert wird, in Empfang nehmen.

Albrechtsstraße Nr. 27, bei Herrn J. Hellmann.
Albrechtsstraße Nr. 53, bei Herrn Schuhmann.
Breitestraße Nr. 40, bei Herrn Steulmann.
Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1, bei Herrn Rösner.
Buttermarkt Nr. 4 (Ring), bei Herrn R. Scholz.
Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 5, bei Hrn. Herrmann.
Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 9, bei Hrn. Schwarzer.
Goldene Radegasse Nr. 7, bei Herrn Pinoff.
Gräbschner Straße Nr. 1 a, bei Herrn Junge.
Junkernstraße Nr. 33, bei Herrn H. Straka.
Karlsplatz Nr. 3, bei Herrn Kraniger.
Klosterstraße Nr. 1, bei Herrn Beer.
Klosterstraße Nr. 18, bei Herrn Spring.
Königsplatz Nr. 3b bei Herrn F. Germershausen.
Kupferschmiedestraße Nr. 14, bei Herrn Fedor Riedel.
Matthiasstraße Nr. 17, bei Herrn Schmidt.
Neue Sandstraße Nr. 5, bei Hrn. Neumann u. Bürkner.
Neumarkt Nr. 12, bei Herrn Müller.
Neumarkt Nr. 30, bei Herrn Tietze.
Ohlauer Straße Nr. 6, bei Herren Gebr. Friederici.
Ohlauer Straße Nr. 55, bei Herrn C. G. Felsmann.
Ohlauer Straße Nr. 17, bei Herrn Thiel.
Reuschestraße Nr. 1, bei Herrn Neumann.
Reuschestraße Nr. 12, bei Herrn Eliason.
Reuschestraße Nr. 37, bei Herrn Sonnenberg.
Ring Nr. 6, bei Herren Josef Max u. Komp.
Rosenthalerstraße Nr. 4, bei Herrn Helm.
Sandstraße Nr. 12, bei Herrn Hoppe.
Schmiedebrücke Nr. 56, bei Herrn Leyfer.
Schmiedebrücke Nr. 43, bei Herrn Lücke.
Schweidnitzerstr. Nr. 36, bei Herren Stenzel u. Comp.
Schweidnitzerstr. Nr. 50, bei Herrn Scholz.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 4, bei Herrn Böncke.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 6, bei Herrn Lorcke.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 7, bei Herrn Scheurich
Stockgasse Nr. 13, bei Herrn Karnasch.
Tauenzienstraße Nr. 71, bei Herrn Thomale.
Weißgerbergasse Nr. 49, bei Herrn Strobach.
Weidenstraße Nr. 25, bei Herrn Siemon.

Breslau, im Dezember 1849.

Graß, Barth und Comp.

Breslau, 28. Dezember.

Herr von Jordan hat in einer der letzten Sitzungen der ersten Kammer den Antrag gestellt, daß dem § 52 der Geschäfts-Ordnung, welcher lautet:

„Hierauf beginnt die Verhandlung über die einzelnen Artikel und die sich diesen anschließenden Verbesserungsanträge,"

hinzugefügt werde:

„in sofern nicht die Kammer nach dem Schlusse der allgemeinen Diskussion beschließt, über die Annahme des Gesetzes ohne weitere Debatte abzustimmen. Ein hierauf gerichteter Antrag muß schriftlich eingereicht werden, bedarf einer Unterstützung von 25 Mitgliedern, und wird, nachdem das Wort nur einmal gegen und einmal für, und zwar in dieser Ordnung gestattet worden, in der nächsten Sitzung und nachdem derselbe gedruckt und vertheilt worden, zur Abstimmung gebracht."

Die Kommission für die Geschäfts-Ordnung ist diesem Antrage einstimmig beigetreten und die Kammer hat ihn nebst zwei Amendements angenommen, welche Einzelverbesserungen und einzelne Abschnitte von Gesetzen den ganzen Entwürfen gleich stellen.

Wir gestehen, als wir den Antrag zuerst lasen, haben wir die Annahme desselben von Seiten der Kammer nicht erwartet. Zwar wissen auch wir jede Zeitersparniß zu würdigen, aber wir vergessen zugleich nicht, daß Sparsamkeit und Geiz zwei verschiedene Dinge sind, die erste eine Tugend, und der letztere ein Laster.

Doch ohne Scherz bei der so ernsten Sache, die Kammer hat unseres Erachtens nach mit diesem Beschluß einen gefährlichen Weg betreten. Hat sie es wohl bedacht, daß sie hiemit jeder Majorität, die ihres Sieges im voraus gewiß ist, das Thor zu einer Tyrannei öffnet, deren gleichen in repräsentativen Versammlungen unerhört ist? Dieser Beschluß verdammt jede Minorität zum Schweigen, sobald es der Majorität gefällt, dies Verdammungsurtheil zu sprechen. Nicht einmal mit einem Worte soll die Ansicht der Majorität gewürdigt werden: ohne den geistigen Kampf der Rede bestehen zu müssen, will sie siegen, der Minorität auch die letzte Waffe rauben, die diese besitzt, um ihre Ansicht und Ueberzeugung vor dem Lande durch Gründe rechtfertigen zu können! Wie im Kampfe der Waffen, so wechselt das Glück auch auf dem Boden parlamentarischer Kämpfe. Wer heute Sieger ist, kann morgen Besiegter sein und wird dann die Schwere des Drucks an sich selber erfahren, welchen er im Siege den Gegnern aufgelegt hat.

Oder denkt die erste Kammer etwa, sie sei nicht zur Debatte, sondern nur zum Abstimmen in Berlin zusammen, und das Land habe nur ein Interesse daran, wie die Männer seines Vertrauens stimmen, nicht aus welchen Gründen sie stimmen? Wir gestehen es zu, daß in öftern Fällen die vorausgehende Debatte gar keinen, oder doch nur einen sehr geringen Einfluß auf die nachfolgende Abstimmung hat. Wo politische Parteien ausgebildet und fest organisirt sind, werden sich wenige finden, die in Folge der Verhandlungen anders als die Partei stimmen, zu der sie gehören. Allein selbst in England, dessen Parteigliederung die ausgebildetste und festeste ist, hat bis jetzt kein Parlamentsglied daran gedacht, daß das Parlament einen Gesetz-Entwurf ohne Debatte im Einzelnen, en bloc annehmen oder verwerfen könne. Jedermann weiß dort, was unsere erste Kammer auf einen Augenblick über dem Eifer für Zeitersparniß vergessen zu haben scheint, daß Niemand, die Lords des Oberhauses nicht ausgenommen, für sich selbst, sondern Jedermann für die Nation im Parlamente sitzt, und daß die Nation erfahren will, welche Gründe über die Gesetze entscheiden, denen sie sich unterwerfen muß. Eine Kammer hat sich nicht damit zu begnügen zu sagen: sic volo, sic jubeo, so will ich und so sei es! Es handelt sich nicht nur darum, daß das Land von seinen Vertretern Gesetze empfängt, sondern auch darum, daß es sie mit Vertrauen annimmt und daß Jeder, der sich über die Gründe derselben belehren will, auch die Gelegenheit zu dieser Belehrung erhalte. Eine Kammer, welche dem Lande die Gründe ihrer Entscheidungen vorenthält, untergräbt selbst den Boden, auf welchem sie steht: das Vertrauen des Landes!

Man wird uns entgegnen, der Beschluß schneide ja nicht die allgemeine Debatte ab, er sei überhaupt nur für Ausnahmsfälle gefaßt.

Auf das erste antworten wir mit einem Hinweis auf denselben Gesetz-Entwurf, während dessen Berathung Herr von Jordan seinen Antrag stellte. Die allgemeine Debatte über die Gemeindeordnung konnte und durfte nicht auf Einzelheiten des Entwurfs, z. B. auf die beliebte Dreiklassentheilung der Gemeindewähler eingehen. Beschloß aber die Majorität nach der allgemeinen Debatte den Entwurf oder dessen einzelne Hauptheile en bloc anzunehmen oder zu verwerfen, so war allen den Mitgliedern, welche jenes Dritteln verworfen, jede Gelegenheit genommen, ihre Ansicht und Ueberzeugung im Angesicht des ganzen Landes zu begründen und zu vertreten.

Wenn aber der Antrag des Herrn v. Jordan nur für Ausnahmsfälle berechnet sein soll, so erwidern wir hierauf zunächst, daß wir in allen politischen Verhältnissen die Ausnahmen und Ausnahmszustände für ein gefährliches Ding halten. Die Erfahrung zeigt, daß Ausnahmen gar bald zur Regel werden, sobald es einer herrschenden Partei beliebt, sie zur Regel zu machen, und daß es stets besser ist, das Unbequeme eines Gesetzes zu ertragen, als ein Gesetz durch Ausnahmen zu durchlöchern. Außerdem aber giebt es nur zwei Fälle für die Anwendung dieses Beschlusses. Entweder sind die vorgelegten Gesetzentwürfe kurz und von keiner großen Bedeutung, oder sie sind umfassend und greifen tief umgestaltend in bestehende Zustände ein. Im ersten Falle bringt der Beschluß geringe Frucht, im letzteren ist er verderblich!

Preußen.

Berlin, 27. Dezbr. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, dem Superintendenten und Ober-Prediger Dr. Rienäcker zu Halle a. d. S. die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Anhalt-Dessau Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes vom herzoglich anhaltischen Gesammt-Hausorden Albrechts des Bären zu ertheilen. — Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, dem pensionirten Gendarmen Friedrich Löffelbein zu Fiddichow im Kreise Greifenhagen das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Es ist folgendes Circulair an sämmtliche Beamte der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn-Gesellschaft erlassen worden: „Es ist beschlossen, von dem, dem Staate in dem Statut vorbehaltenen Rechte, die Verwaltung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn und ihres Betriebes vom 1. Januar 1850 ab zu übernehmen, Gebrauch zu machen. Nach näherem Inhalte der öffentlichen Bekanntmachungen vom 22sten und 24sten d. M. ist bereits eine königliche Verwaltungs-Behörde, bestehend aus dem Eisenbahn-Direktor Costenoble, dem seitherigen Betriebs-Direktor von Glümer und dem seitherigen Ober-Baumeister Schwedler, ernannt, welche am 1. Januar k. J. in Funktion treten wird. Sämmtliche Beamte der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn-Gesellschaft werden demgemäß hierdurch angewiesen, vom 1. Januar k. J. ab nur den Anordnungen der gesetzlich und statutgemäß eingesetzten königlichen Behörde Folge zu leisten. Der unterzeichnete Minister hegt zwar zu den sämmtlichen Beamten, denen hiermit die Bestätigung in ihren kontraktlichen Dienstverhältnissen zugesichert wird, das Vertrauen, daß sie dieser Weisung willig Folge leisten und die königliche Verwaltung in ihrer wichtigen Aufgabe pflichtgetreu unterstützen werden, bemerkt jedoch, daß die Nichtachtung dieser obrigkeitlichen Anordnung, außer den sonstigen gesetzlichen Maßregeln, die sofortige Entlassung zur Folge haben würde. — Berlin, den 26. Dezember 1849. — Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, v. d. Heydt.“

(Staats-Anz.)

P. C. **Berlin**, 27. Dezbr. [Das Reichsministerium] ist von der Bühne der Weltgeschichte abgetreten und Niemand hat seine Verdienste anerkennen wollen als Oesterreich. Oesterreich ist in die Geschichte der deutschen Reichsministerien auf das Innigste verflochten. Es hat seit Schmerlings Zeiten in ihnen geherrscht; nur das Gagernsche Ministerium brachte eine Unterbrechung seines dominirenden Einflusses. Die großdeutsche Idee hat von Anfang bis zu Ende den Inhalt dieser Politik gebildet, aber sie ist von ihrer ersten Macht und Größe allmälig zu einem armseligen Schatten zusammengeschwunden. Erst war sie getragen von den besten Wünschen des Volkes, bis ihre Unausführbarkeit klar wurde; dann wurde sie das Werkzeug, mit welchem Oesterreich seine Herrschaft über Deutschland zu behaupten suchte. So lange die deutsche National-Versammlung noch mit jener Idee eins war; so lange war Schmerlings Ministerium unangefochten; es schien mit den Interessen Deutschlands Hand in Hand zu gehen. Das Gagernsche Programm zerstörte jene Zuversicht und machte der Illusion ein Ende. Jetzt ist es über Jahr und Tag, daß man auf das praktischere Ziel sich beschränkte, daß man ernst und redlich die Union mit Oesterreich anstrebte, aber seinem herrschenden Einfluß Deutschland zu verschließen suchte. In dieselbe Zeit fiel die Wiedererhebung Preußens. Als der österreichische Einfluß sich wieder des Reichsministeriums bemächtigte, da war keine Nationalversammlung mehr, da war das Reichsministerium nur noch der Schatten seiner früheren Herrlichkeit; ohne von der Vertretung des deutschen Volkes unterstützt zu sein, ward es nur zum dienenden Werkzeug Oesterreichs, aber ohne alle Macht und Bedeutung. So gewaltig hatten 5 Monate von der Herrschaft Oesterreichs in Deutschland gerüttelt, mit solchem Erfolge hatten sie die gutmüthigen Schwärmereien vernichtet, welche die Grundlage für Oesterreichs fortdauernde Herrschaft in Deutschland bilden sollten. Vertrauen wir, daß auch ferner das Vernünftige und Nothwendige in unserem Vaterlande die Oberhand gewinnen werde über alle künstlichen Versuche die ihm entgegenarbeiten.

A. Z. C. **Berlin**, 27. Dezember. [Der Christabend am Hofe. Landwehr. Die Entschädigungs-Ansprüche Preußens an Baiern. Dr. Sutherlands Mission.] Seitens des Hofes wurde der Christabend wie alljährlich begangen. Die bekannte gemüthliche Festfeier dieses Abends, an welchem eine reiche Bescheerung an alle Anwesende und hernach eine scherzhafte Lotterie stattfindet, wobei die neckische Laune des Zufalls reichen Frohsinn zu verbreiten pflegt, wiederholte sich auch in diesem Jahr. Wir bemerken dabei, daß eine Schilderung dieses Abends der Königin von England so wohl gefallen hat, daß sie ihn seit einigen Jahren in ganz ähnlicher Weise begehen läßt. — Mit dem ersten Stettiner Bahnzuge trafen gestern früh einige hundert Mann des ersten Landwehrregiments hier ein. Dieselben kamen von Königsberg i. Pr., wo sie einberufen wurden. Sie sind am 1. Dezember von dort abmarschirt und haben ihre Marschroute bis Woldenberg zu Fuß zurückgelegt, von wo aus sie mit der Eisenbahn hierher befördert wurden. Die Mannschaften wurden gestern sofort mit der Eisenbahn nach Stendal in der Altmark, wo das 1. Landwehrregiment garnisonirt, weiter beordert. — Die zwischen Preußen und Baiern schwebende Frage, betreffend die Entschädigung, welche Preußen für seine Intervention in der Pfalz beansprucht, ist ohne ihre Erledigung gefunden zu haben, um ein Faktum weiter gerückt. Der Agent des Hauses Rothschild, durch dessen Vermittelung Baiern gewöhnlich den ihm an den Einnahmen des Zollvereins zustehenden Antheil Seitens Preußens ausgezahlt erhält, hat nämlich gegenwärtig die Summe von 300,000 Rthlr. für Rechnung Baierns aus der Generalstaatskasse erhalten. Da jedoch der Antheil Baierns an den Zollintraden sich auf etwa 600,000 Rthlr. beläuft, so hat Preußen für seine Interventions-Entschädigung etwa 300,000 Rthlr. zurückbehalten. Die baiersche Regierung protestirt nach wie vor gegen diesen Entschädigungs-Anspruch. — Die Londoner parlamentarische Kommission des Gesundheitszustandes des Landes und insbesondere der Städte unter dem Vorsitze Lord Ashley's hat bekanntlich vor Kurzem beschlossen, kraft ihrer Vollmacht den Grundsatz aufzustellen, daß keine Begräbnisse mehr innerhalb der Stadt stattfinden sollen, sobald die nothwendigen Anlagen für das Begräbniß außerhalb derselben ins Werk gesetzt sein werden. Sie hat demzufolge jetzt die Einleitungen zu treffen, um den von ihr dem Parlamente im nächsten Frühjahr vorzulegenden Plan großer Nekropolen namentlich für London auf eine des Gegenstandes und der Nation würdige Weise vorzubereiten. Der Plan ist, in einer Entfernung von etwa zwei deutschen Meilen von der Stadt, nach den verschiedenen Weltgegenden, große Strecken Landes — wo möglich wüste — anzukaufen, welche an einer der großen Eisenbahnen oder — in London — auch am Flusse oder auf einer Insel gelegen sind. Dahin würden denn täglich eigene Leichenzüge, oder bezüglich Leichenkähne abgehen, um die Leichen mit höchstem Anstande und zugleich mit großer Kostenersparniß, an den Ort ihrer Bestimmung zu geleiten. In dem Innern solcher Kirchhöfe selbst würden Häuser für die Leichenschau angelegt werden, um voreiliges Begraben zu verhüten und zugleich eine Anlage von Kapellen für die verschiedenen Religionsgesellschaften erfolgen, so daß die Feierlichkeit jedesmal, — wo es nicht ausdrücklich anders verlangt würde, — für 25 Leichen vorgenommen werden könnte. Selbst für die Aermsten würde in dieser Weise alles mit der höchsten Würde eingerichtet und dabei für dreiviertel der Kosten gespart werden. Die Kommission hat nun weiter beschlossen, ihren dirigirenden Arzt Dr. Sutherland mit einigen Architekten nach Deutschland und insbesondere nach Preußen zu senden, um zu untersuchen, was hier für Anlage, Einrichtung und kunstvolle Ausschmückung der Kirchhöfe, so wie für die sogenannten Leichenkammern geschehen ist. Herr Dr. Sutherland, einer der ersten Aerzte und höheren medizinischen Beamten von Großbritannien, und als solcher dort von großer Autorität, ist in Begleitung einiger Architekten über Frankfurt und Leipzig hierselbst bereits angekommen. Durch ein Schreiben des preußischen Gesandten in London, Herrn Bunsen, an das diesseitige Ministerium warm empfohlen, hat sich Herr Sutherland hier einer sehr entgegenkommenden Aufnahme zu erfreuen und ist augenblicklich unter Führung eines Mitgliedes des Magistratskollegii damit beschäftigt, unsere Kirchhöfe in Augenschein zu nehmen.

[Wahlen für Erfurt. — Volksbibliothek.] Das Komité, welches die „konstitutionelle Partei“ für die Wahlangelegenheiten für Erfurt niedergesetzt hat, empfängt aus allen Theilen des Landes zahlreiche Zuschriften, in denen sich eine unverkennbare Anhänglichkeit an viele von Frankfurt aus bekannte Namen ausspricht. Die Partei strengt diesmal all ihre Kräfte an, um in Erfurt eine geschlossene Majorität zu Wege zu bringen. — Zu Neujahr treten hier die schon seit lange projektirten Volksbibliotheken, zunächst vier an der Zahl, ins Leben. Die Mittel sind hauptsächlich aus den Erträgen der von verschiedenen Gelehrten in einer Reihe von Jahren vor einem gebildeten Publikum gehaltenen populär-wissenschaftlichen Vorträge entnommen. An der Spitze der für Errichtung von Volksbibliotheken gebildeten Kommission stehen die Professoren v. Raumer und Schultze. Die demokratischen Vereine wollen gleichfalls Volksbibliotheken, nach den Grundsätzen ihrer Partei eingerichtet und verwaltet, für Berlin und die Provinzen ins Leben rufen.

C. B.

[Dänische Friedens-Unterhandlungen.] Die Befürchtung, die wir gleich bei dem Eintreffen der dänischen Bevollmächtigten äußerten, erweist sich bereits als nicht ungerechtfertigt: Langsamkeit scheint der Grundcharakter der Unterhandlung zu werden; bis heute hat weder eine Konferenz, noch sonstige Annäherung stattgefunden. Es darf indeß nicht unerwähnt bleiben, daß der diesseitige Bevollmächtigte, Herr v. Usedom, krank ist. Man sagt, die dänischen Bevollmächtigten werden als Grundlage der Verhandlung die Vereinigung der Herzogthümer aufstellen. Es dürfte sich leicht dann nur darum fragen: ob die Schleswig zu ertheilende Verfassung befriedigt? Versichert wird, daß diesseits die wirklichen Rechte dieses Herzogthums mit allem Nachdruck gewahrt werden sollen.

(N. P. Z.)

[Fialin von Persigny.] Der nunmehr definitiv ernannte französische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr Fialin von Persigny, wird schon in den nächsten Tagen hier eintreffen. Seine Sendung ist ausdrücklich als eine außerordentliche bezeichnet und dürfte auch in der That keinen andern Zweck haben, als dem großen Vorhaben, das man jetzt allgemein von seinem Protektor erwartet, die Wege zu ebenen.

(N. P. Z.)

[Plan eines städtischen Kredit-Instituts.] Die hier und da verbreitete Nachricht, es sei einigen Deputirten der preußischen Kammern durch den Justizrath Straß ein Gesetzentwurf über ein städtisches Kredit-Institut für Berlin vorgelegt, ist aus guter Quelle dahin zu berichtigen, daß der Gesetzentwurf sich nicht auf Berlin allein, sondern auf alle Städte der Monarchie erstrecken soll, welche ein ähnliches Bedürfniß nachweisen können. Dem Einwande, daß durch die Ausführung des Projekts der Geldmarkt mit einem neuen Papiergeld überschwemmt werden würde, soll dadurch begegnet sein, daß durch Umwandlung der Hypotheken-Obligationen in städtische Pfandbriefe die Menge des Papiergeldes an sich nicht vermehrt, sondern nur die schon vorhandene Quantität flüssiger gemacht werde. Der Verfasser des Gesetzentwurfs soll selbst auf viele demselben entgegenstehende Bedenken aufmerksam gemacht haben.

(D. Ref.)

Sicherem Vernehmen nach hat das Mitglied der zweiten Kammer, geh. Rev.-Rath Bauer, den kürzlich in Betreff der Organisation der agrarischen Verhältnisse Oesterreichs an ihn ergangenen ehrenvollen Ruf abgelehnt. Dagegen sollen nunmehr von Seiten der k. österreichischen Regierung Unterhandlungen mit einer andern Notabilität unseres Agrarfaches angeknüpft worden sein.

(Sp. Z.)

Der Treubund wird hier am 17., 18. und 19. Januar k. J. einen großen Kongreß abhalten, und hat dazu alle ähnliche, in den mit Preußen verbundenen deutschen Staaten vorhandene patriotische Vereine eingeladen.

(Konst. Z.)

[Das diplomatische Corps in Berlin.] Am preußischen Hofe sind gegenwärtig vertreten:

Portugal durch Joaquim Antonio Gonzales de Macielra, Geschäftsträger.

Spanien durch D. Juan Donoso Cortes Marquis de Valdegamas, Grand von Spanien;
D. Fernando de la Vera e Isla, Geschäftsträger;
D. Eduardo Romeo, Attaché;
D. Mariano Remon Zarco del Valle, Attaché, milit. Lieutenant.

Sicilien durch M. de Sto. Paolo, Geschäftsträger.

Sardinien durch Graf Alphonse d'Antioche Geschäftsträger;
Chev. Felix de Corbauze, Legations-Sekretär;
Graf Alexander Rossi, Attaché der Gesandtschaft.

England durch Graf von Westmoreland, außerordentlicher Gesandter und bevollmächt. Minister;
William Lowther, Attaché;
William Manley, Attaché;
H. Howard, Legations-Sekretär.

Belgien durch Nothomb, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister.

Die ottomanische Pforte durch Garabed, Artim Davoud Oghlou, Geschäftsträger.

Oesterreich durch Baron Prokesch-Osten, General-Lieutenant, bevollmächtigter Minister;
Ritter v. Reyer, Attaché;
Baron v. Schloißnigg, Legations-Sekretär.
Rußland durch Baron v. Meyendorff, außerordentlicher Gesandter u. s. w.;
Legationsrath v. Glinka;
v. Vegesack, Kollegienrath und erster Legations-Sekretär;
v. Wielhorsky, zweiter Legations-Sekretär;
Graf v. Benkendorf, Generalmajor à la Suite.
Mecklenburg-Schwerin durch Graf v. Hessenstein.
Kurhessen durch Freihr. v. Dörnberg, Geschäftsträger und Kammerherr.
Hannover durch Graf v. Inn- und Knyphausen, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister (auch für den sächsischen Hof).
Baiern durch Frhr. v. Malzen, Gesandter;
Frhr. v. Niederer, Gesandtschafts-Sekretär.
Schweden und Norwegen durch Baron O'Ohssen;
v. Mansbach, Legations-Sekretär.
Sachsen durch v. Könneritz, Legations-Sekretär und interimistischer Geschäftsträger.
Die Niederlande durch Baron Schimmelpenningk von der Oye, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister;
Graf du Chastel, Legations-Sekretär.
Die nordamerikanischen Freistaaten durch Edward A. Hannegan, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister;
Th. S. Fay, Legations-Sekretär.
Württemberg durch v. Reinhardt, geh. Legationsrath, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister (auch für den sächs. Hof).

Das Personal des hiesigen diplomatischen Corps beläuft sich mit Inbegriff der Dienerschaft auf 285 Personen.
C. C.

[Die preußische Marine.] Aus einer als Manuscript gedruckten Denkschrift des Kriegs-Ministeriums über die preußische Marine entnehmen wir folgende Uebersicht der Stärke der Flotille im Juli d. Jahres, wie sie unter dem Kommando des Kommodore Schröder dem Feinde gegenüberstand, und behalten uns vor, demnächst den weiteren Inhalt jener Denkschrift mitzutheilen.

Die Segel-Korvette Amazone (4 kurze 24 Pfünder, 8 leichte 18 Pf.), mit 3 Marine-, 1 Auxiliair-, 1 Artillerie-Offizier, zus. 5 Offiziere und 90 Mann.

Das Dampfschiff Preuß. Adler (2 25pfündige Bombenkanonen, 2 mittlere 32 Pfünder), mit 2 Marine-, 2 Auxiliair-, 1 Art.-Offizier, zus. 5 Offiziere und 82 Mann. In Reparatur wegen der im Gefecht bei Brüsterort erhaltenen Beschädigungen. In Swinemünde.

Das Dampfschiff Danzig (1 kurzen 24 Pfünder, 2 leichte Karonaden), mit 1 Marine-, 1 Auxiliair-, 1 Artillerie-Offizier, zus. 3 Offiziere und 31 Mann.

Die erste Küstenflottillen-Division (9 Kanonen-Schaluppen mit 12 25pfündigen Bomben-Kanonen, 4 Kanonenjollen mit 10 langen 24-Pfündern). Bes. 11 Auxiliair-, 1 Artillerie-Offizier, zus. 12 Offiziere und 587 Mann.
Bei Lauterbach, Barhöft, Zuckerbucht und Westdiwenow.

Die zweite Küstenflottillen-Division (9 Kanonen-Schaluppen mit 9 25pfündigen Bomben-Kanonen, 1 Transportschiff mit 9 langen 24pfündern). Bes. 9 Auxiliair-Offizieren, zus. 9 Offiziere, 532 Mann. In Swinemünde.

Die dritte Küstenflottillen-Division, 1. Sektion, (3 Kanonen-Schaluppen mit 3 25pfündigen Bomben-Kanonen und 3 langen 25-Pfündern). Bes. 3 Auxiliair-Offiziere, zus. 3 Offiziere und 179 Mann. In Swinemünde.

Detaschirt 2 Kanonenjollen mit 2 25pfündigen Bomben-Kanonen. Bes. 20 Mann. In Danzig.

In Summa schlagfertig gegen den Feind: 1 Segelkorvette, 2 Dampfschiffe, 21 Kanonen-Schaluppen, 6 Kanonenjollen, mit 67 Geschützen. Bes. 37 Offiziere incl. 4 Art.-Offizieren und 1521 Mann.

In der Formation begriffen: 2. und 3. Sektion der 3. Küstenflottillen-Division: 6 Kanonen-Schaluppen mit 12 Geschützen, 8 Offizieren, incl. 2 Art.-Offizieren, und 133 Mann. In Stettin.

Depot-Sektion und Stamm zur Formation der 4. Küstenflottillen-Division von 9 Kanonen-Schaluppen mit 18 Geschützen, und 1 Transportschiff. Bes. 3 Offiziere, incl. 2 Ing.-Offizieren, und 99 Mann. In Stettin.

Summa Summarum: 3 größere Fahrzeuge, 36 Schaluppen, 6 Jollen; zusammen mit 97 Geschützen, 48 Offizieren und 1753 Mann (incl. 8 kommand. Artillerie- und Ingenieur-Offizieren).
C. C.

[Uebersichtliche und systematische Zusammenstellung der Staatsausgaben pro 1849, zugleich mit den Details ihrer Verwendung, wie sie aus dem Staatshaushalts-Etat an sich nicht ersichtlich sind.]

(Beschluß.)

B. An einmaligen außerordentlichen Ausgaben pro 1849.

I. Civil-Verwaltung.

1. Zum Dombau in Köln	50000	Rtl.
2. Zur Erweiterung der Strafanstalten	209928	„
3. Zu außerordentlichen Bauten und Meliorationen	347506	„
4. Zu Servitut-Ablösungen	125076	„
5. Zu Justiz-Einrichtungskosten	777690	„
6. Zuschuß zum Patronatsfonds	50000	„
7. Zuschuß zur Unterstützung der Elementarlehrer	25000	„
8. Zuschuß zu Land- und Wasserbauten	2000000	„
9. Zuschuß zu Chaussee-Neubauten	500000	„
10. Zu verschiedenen Ausgaben	84186	„
Summa I.	4169386	Rtl.

II. Militär-Verwaltung.

1. Zuschuß zur Geld-Verpflegung der Truppen	69063	„
2. Zuschuß für Militär-Erziehungs-Anstalten	9000	„
3. Zuschuß für Pulver- und Waffenfabrikation	160000	„
4. Zuschuß zum Bau und Unterhaltung der Festungen	1037427	„
5. Zuschuß zum Servis	11320	„
6. Zuschuß zu Baukosten	97836	„
7. Zuschuß zur Bekleidung der Truppen	91541	„
8. Zuschuß zur Naturalverpflegung	16045	„
9. Zuschuß zum Lazarethwesen	6698	„
Summa II.	1498933	Rtl.
Hierzu Summa I.	4169386	„
Summa B. Außerordentliche Ausgaben	5668319	Rtl.
Hierzu Summa A. Fortdauernde Ausgaben	88506061	„
Summa sämmtlicher Ausgaben pro 1849	94174380	Rtl.

Bonn, 24. Dez. [Prinz von Preußen.] Gestern Abend trafen Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen auf der Bonn-Kölner Eisenbahn um 6 Uhr hier ein; der Prinz nahm sein Absteigequartier im hiesigen Schlosse, in der Wohnung des Prinzen Friedrich Wilhelm. Heute Morgen hielt der Prinz von Preußen auf dem Münsterplatze Inspektion über die hiesige kleine Garnison. Nachmittags ist der Prinz nach Koblenz abgereist, wohin sich auch der Prinz Friedrich Wilhelm begeben wird, um während der Feiertage in der Nähe seines Herrn Vaters zu verweilen.
(Elb. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 24. Dezbr. [Tagesneuigkeiten.] Der bisherige königl. preußische Ministerresident am hiesigen Orte, Hr. Balan, ist bei seiner Abberufung von hier und bei der höheren Bestimmung für den Gesandtschaftsposten in Brasilien zum geheimen Legationsrath ernannt worden. Es drückt sich hierin eine um so größere Anerkennung aus, als die verliehene Auszeichnung über die Zwischenstufe eines wirklichen Legationsrathes hinausgeht. — Die O. P. A. Z. ist „in den Stand gesetzt", das folgende Dankschreiben mitzutheilen, welches der Erzherzog Johann an die eben aus dem Amte geschiedenen Reichsminister gerichtet hat:

„Bei der Beendigung unserer gesellschaftlichen (?) Verbindung habe ich die angenehme Pflicht zu erfüllen, Ihnen, meine Herren, meinen Dank für die Mitwirkung zu sagen, die Sie mir bei der Verwaltung meines Amtes gewährt haben. Sie haben sich dieser Mitwirkung zu einer Zeit unterzogen, wo die schon begonnene Auflösung der National-Versammlung der Erhaltung des noch übrigen Organs für die Gesammtheit der deutschen Staaten eine erhöhte Wichtigkeit gab, wo aber auch Anfeindungen von verschiedener Art und von verschiedenen Seiten diese Erhaltung schwieriger machten. Unter solchen Umständen erforderte schon die Uebernahme Ihrer Aemter eine Aufopferungsfähigkeit, die nach den Erfahrungen, welche ich bei der damaligen Neubildung des Ministeriums gemacht habe, sich keineswegs häufig findet. Die Durchführung Ihrer Aufgabe aber war nur durch ein besonnenes und unerschütterliches Ausharren möglich, eine Eigenschaft, die seltner ist und höher steht, als der Muth einer raschen That. Deshalb hat sich auch in dem Maße, wie diese Eigenschaft von Ihnen bewährt ist, die Anerkennung vermehrt, die Ihnen zu Theil wurde und der ich jetzt nur den Ausdruck leihe, indem ich zugleich für die Freundschaft, welche Sie mir erwiesen, meine dauernde Verpflichtung mit Vergnügen ausspreche. Frankfurt, den 20. Dez. 1849. Erzherzog Johann."

Das Haus Rothschild reichte gestern bei der bisherigen Reichskasse einen Rechnungsauszug ein, welcher diesem Hause jedoch mit dem Bemerken zurückgeschickt wurde, daß diese Kasse nicht mehr als Reichs-, sondern als Bundes-Kasse bestehe. — Während die Gemahlin des Erzherzogs von ihrem Unwohlsein noch nicht ganz wieder hergestellt ist, ist nun auch sein Sohn, der Graf v. Meran, erkrankt, wie es heißt an einem heftigen Bräune-Anfall. Die Abreise des Erzherzogs wird demnach kaum vor der zweiten Hälfte des nächsten Monats erfolgen können. — Der Prinz von Preußen wird im Laufe dieser Woche hier erwartet. — Der Großherzog von Hessen hatte dem Vernehmen nach gestern Nachmittag eine Zusammenkunft mit den Bundeskommissarien. Die Zustände im Großherzogthum Hessen sind im Augenblicke der Art, daß sie in einigen Kreisen zu lebhaften Besorgnissen Anlaß geben. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürften demnächst von der Bundeskommission umfassende Maßregeln zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im mittleren und namentlich im südwestlichen Deutschland ausgehen. — Nach Versicherungen von verlässiger Seite glauben wir dem Gerüchte widersprechen zu können, daß die Bildung einer Centraluntersuchungskommission in Frankfurt beabsichtigt sei. Es scheint dieses Gerücht lediglich durch den Umstand veranlaßt, daß der Regierungsrath Mathis, einer der den preußischen Bundeskommissarien beigegebenen Beamten, Mitglied der zur Zeit des Bundestages hier niedergesetzten Centraluntersuchungskommission gewesen war.

Frankfurt a. M., 25. Dez. Die interimistische Central-Kommission hat gleich nach Antritt ihres hohen Berufskreises an den Senat der freien Stadt einen Erlaß gerichtet, bei demselben anzufragen: ob er sich getraue, die Bürgschaft für die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Sicherheit mittelst der ihm selbst zu Gebote stehenden Militärkräfte zu übernehmen. Eine Antwort ist bis heute noch nicht erfolgt.
(Ref.)

Mannheim, 23. Dez. [Wahlen.] Durch die aufs Neue erfolgte weitere Verhängung des Kriegszustandes und des Standrechts auf 4 Wochen wird das Land genöthigt, sich an die Idee zu gewöhnen, seine Wahlen zum eignen Landtage und zum Erfurter Reichstage unter außergewöhnlichen Umständen vorzunehmen. Mannheim ist bereits in Wahlkreise für beide Wahlen eingetheilt worden. So rührig und eifrig die konstitutionelle Partei ist, so auffallend still verhalten sich die Demokraten und Republikaner. Mit einer Gleichgültigkeit, die ihres Gleichen sucht, ist die Nachricht von der Uebergabe der Reichsgewalt Seitens des Erzherzogs Johann an die Kommissarien Oesterreichs und Preußens hier aufgenommen worden. Es ist aber erklärlich, denn Baden hatte schon lange nichts mehr mit der sogenannten Reichsgewalt, sondern allein mit dem helfenden und rettenden Preußen zu thun.
(Konst. Z.)

Stuttgart, 24. Dez. [Eine Anzahl von Abgeordneten] der eben aufgelösten Landes-Versammlung hat in den hiesigen Blättern eine Ansprache an ihre Mitbürger erlassen, in welcher sie auseinandersetzen, wie sie das Mögliche gethan haben, um einen Bruch mit der Regierung zu vermeiden, und am Schlusse äußern:

Unsere Landes-Verfassung muß eine den Grundrechten des deutschen Volkes entsprechende Abänderung erhalten, und die Verfassung Deutschlands muß so festgestellt werden, daß fortan nicht blos die Fürsten, sondern auch die Völker bei Ordnung der deutschen Angelegenheiten nach Innen und nach Außen ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, wenn nicht das Vertrauen auf die Regierungen gänzlich verschwinden und der Verarmung, der Gesetz- und Sittenlosigkeit und der Schmach und Schande jeder Art Thor und Thür geöffnet werden soll. — Die gerechten Forderungen des Volkes nach Einheit, Freiheit, Macht, Wohlstand und Ehre können vielleicht eine Zeit lang gewaltsam niedergehalten werden; allein sie werden sich früher oder später Bahn brechen, dann aber zum Verderben derjenigen, welche aus Selbstsucht nur Opfer verlangt, nicht selbst aber welche gebracht haben.

Augsburg, 25. Dez. Die Parlamentsmitglieder Meyer, Haggemüller und Blumeröder sind freigelassen.
(N. Z.)

Von Paris aus — so wird behauptet — sei vor einigen Tagen ein an den Ausschuß eines dortigen revolutionären Vereins gerichtetes Schreiben der Herren Mohr, Heldman und Bogen und des D. Wilhelm Schulz vom Mai dieses Jahres hier angelangt, in welchem nicht nur das Einrücken eines französischen Hülfskorps in Baden, der Pfalz und in Rheinhessen dringend gefordert, sondern auch ein sehr detaillirter Operationsplan für dieses Korps enthalten sei; Mohr sowohl als Heldmann habe seine Unterschrift, somit die Echtheit dieses verrätherischen Schreibens, bereits anerkannt. Wir wiederholen, daß ziemlich übereinstimmend das Verbrechen der Verhafteten in dieser Weise specialisirt wird. Dennoch bitten wir, dieser Version vorerst noch keinen Glauben zu schenken, sie nur als ein Gerücht hinzunehmen; denn wie ungünstig auch sonst unser Urtheil über die politische Thätigkeit jener Herren sein mag, des Verbrechens des Landesverraths, des schwärzesten von allen, können wir sie so lange nicht für fähig halten, bis uns der Beweis vorliegt. Allgemein erwartet man — und gewiß mit Recht — eine baldige offizielle Aufklärung des Dunkels, welches über dieser Sache, die in dem verschiedensten Sinne beurtheilt wird, noch zur Zeit schwebt.
(Deutsche Ztg.)

Rostock, 24. Dezbr. [Offizieller Bericht der Mecklenburger Zeitung über den Inhalt der preußischen Note und über die Erwiderung des Schweriner Ministeriums auf dieselbe:]

Der königlich preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, unterm 13. d. Mts. an das Schwerinsche Staatsministerium eine Note erlassen, welche den Zweck hatte, den status quo in der Verfassungs-Angelegenheit unverändert zu erhalten.

Es stützt sich diese Note auf die binnen Kurzem beginnende Wirksamkeit der provisorischen Bundes-Kommission zu Frankfurt am Main und auf die Theilnahme Preußens hieran. Die Note hebt hervor, daß von Deputirten der mecklenburgischen Ritterschaft zur Wahrung der ihr und dem Lande zustehenden Rechte, welche dieselbe durch die mit der Abgeordnetenkammer vereinbarte und demnächst publizirte Verfassung gefährdet erachte, die Eröffnung des Rechtsweges nach der mecklenburgischen Patent-Verordnung vom 28sten November 1817 beansprucht und die unterm 25. November 1818 übernommene Garantie des Bundestages jetzt bei der provisorischen Bundes-Kommission geltend zu machen beabsichtigt wird.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine nähere Prüfung der Frage, ob und inwieweit dem Beschlusse vom 25. Mai 1818 Folge zu geben sei, dieser Kommission obliegen werde.

Bei solcher Sachlage wird hervorgehoben, daß es nicht für gerechtfertigt zu halten sei, wenn vor Eröffnung der desfallsigen Verhandlungen in Frankfurt der jetzige status quo durch weitere Schritte Seitens der schwerinschen Regierung, insonderheit durch die beabsichtigte Aufhebung des engern Ausschusses, zum Nachtheil der Reklamanten irgend welche Veränderungen erleiden sollte, und wird die Erwartung ausgesprochen, daß, aus Rücksicht auf den nahe bevorstehenden Zusammentritt der Kommission, großherzogl. mecklenburg-schwerinscher Seits von der beabsichtigten Aufhebung des engern Ausschusses, wie von jeder andern Maßregel, wodurch der status quo in der mecklenburgischen Verfassungs-Angelegenheit zum Nachtheile der Reklamanten Veränderung erleiden könnte, so lange Abstand genommen werde, als auf das von der mecklenburgischen Ritterschaft einzubringende Gesuch wegen Vermittelung der Anordnung einer kompromissarischen Instanz zur Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreits ein abschläglicher Bescheid nicht erfolgt sei.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß von der kaiserlich österreichischen Regierung nach zugegangenen Mittheilungen eine ähnliche Verwendung, wenn nicht schon erfolgt, zu erwarten stehe.

Von dem mecklenburgischen Gesammtministerio ist am 16. d. Mts. hierauf die Erwiderung erfolgt, wie es

sich bedauerlich ganz außer Stande sehe, von der beabsichtigten Aufhebung des engern Ausschusses, als einer dringend gebotenen bloßen Verwaltungsmaßregel, zur Zeit und bis zu dem angedeuteten Zeitpunkt abzustehen. Doch spricht dasselbe die Ansicht aus, daß durch diese Maßregel etwanige Rechte der Ritterschaft weder verrückt, noch deren Geltendmachung erschwert sei.

Es begründet das Schreiben dies dadurch, daß nach der Patentverordnung vom 28. November 1817 eine solche kompromissarische Entscheidung nur begehrt werden könne, „sobald nach vergeblichen gütlichen Unterhandlungen unsere Landstände darauf antragen werden.“

Nach der alten Verfassung des Landes wären Ritter- und Landschaft die Landstände, die Berechtigung der Ritterschaft allein auf solche kompromissarische Entscheidung sei mithin mehr als zweifelhaft. Dagegen hätte nach der die Landstände verbindenden Union die Regierung in einer solchen Angelegenheit immer nur mit den gesammten Landständen zu verhandeln gehabt. Dies sei nicht eingetreten. Was also bei vollem Bestande der Ritter- und Landschaft nicht geschehen durfte, könne um so weniger nach Aufhebung der Ritter- und Landschaft und nach der rechtsbeständig publizirten Verfassung statthaben. Doch sei gar nicht zuzugestehen, daß hier Beschlüsse der Ritterschaft vorlägen, indem diese nur von einer illegal versammelt gewesenen Fraktion der ehemaligen Ritterschaft gefaßt worden.

Das Ministerium spricht die Hoffnung aus, daß die demnächstige provisorische Bundes-Central-Behörde diesen durchaus unfundirten Antrag zurückweisen werde, erklärt jedoch durchaus nicht, sich dem Rechtswege zu entziehen, der bei dem durch das Bündniß vom 26sten Mai d. J. instituirten Bundesschiedsgericht erhoben werden könne. Nur hätten, wenn die Verfassung rechtsbeständig vereinbart worden, alle nach deren Publikation geschehenen Schritte lediglich den Charakter nicht zu beßindernder Verwaltungsmaßregeln, und könnten mithin nicht diese, sondern die Rechtsbeständigkeit der Publikation der Anfechtung unterliegen. Auf diese Hauptfrage sei die von der strelitzer Regierung erhobene Klage auch gerichtet. Es könnten doch aber nicht zwei verschiedene Behörden hierüber kognosziren, indem deren gedenkbarerweise verschiedenes Urtheil nicht die Sicherheit und Wohlfahrt des Staats befördern, vielmehr die heilloseste Verwirrung erregen würden.

Wenn sich hieraus ergebe, daß es eine rechtliche und politische Unmöglichkeit sei, auf der mit voller Rechtsüberzeugung betretenen Bahn der verfassungsmäßigen Entwickelung der staatlichen Zustände inne zu halten, so werde anderntheils der Schutz in Anspruch genommen, den das preußische Gouvernement allen den Bunde vom 26. Mai beigetretenen Staaten verheißen habe, indem es am 8. Okt. im Verwaltungsrathe durch den Vorsitzenden habe erklären lassen:

„daß Preußen sich in der durch den Vertrag vom 30. Sept. zu bestellenden Bundeskommission stets als den Repräsentanten und als das leitende Organ des Bündnisses vom 26. Mai betrachte, und daher alle Anordnungen seiner Kommissarien, sofern sie nicht die laufende Administration des vorhandenen Bundeseigenthums betreffen, stets zuvor zur Kenntniß und Beurtheilung des Verwaltungsrathes bringen werde.“

Das Ministerium hat sich verpflichtet erachtet, diese Angelegenheit vollständig zur Kenntniß des Verwaltungsrathes zu bringen. Von demselben ist — wie verlautet — ein Beschluß dahin gefaßt: „Die von dem mecklenburgischen Bevollmächtigten gemachten Vorlagen werden dem bestellten Referenten zu demnächstiger Berichterstattung überwiesen.“

„Auf eine nähere Erörterung der Kompetenzfrage einzugehen, sei zur Zeit noch nicht angemessen und könne in dieser Beziehung der Verwaltungsrath nur das volle Vertrauen aussprechen, daß die preußische Regierung alle hierbei zur Sprache kommenden Rechte des Bündnisses vom 26. Mai nach der in der Sitzung vom 8. Oktober abgegebenen Erklärung auf das Vollständigste berücksichtigen und wahren werde.“

Die „Constitut. Ztg.“ bemerkt zu diesem Berichte: „Die preußische Note bemerkt ganz offen, daß eine österreichische im gleichen Sinne folgen werde; deutet an, wie die mecklenburgische Sache vor die **Bundesinterims-Kommission** gehöre, und zugleich die Auffassung der beiden großen Kabinete über dieselbe. Konnte Jemand noch zweifelhaft sein, daß Berlin und Wien sich über alle einzelne Fragen, mindestens der **speziellen deutschen Verwickelungen**, diplomatisch verständigen und das Ergebniß dieser Verhandlungen als Bundesdiktat durch die interimistische Kommission zu Frankfurt aussprechen würden, so ist durch diesen Notenwechsel auch der letzte Zweifel gefallen. **Mecklenburgs Antwort**, eben weil sie ruhig und gelassen lautet, stellt die Zwitterstellung, welche das preußische Kabinet einzunehmen im Begriff steht, in ein helles Licht. Es erklärt sich bereit, den Streit mit der Ritterschaft wegen der neuen Konstitution dem Schiedsgerichte zu unterstellen, welches die Staatsakte vom 26. Mai, eben zum Austrag solcher Zerwürfnisse, aufstellt; es erinnert an den Schutz, welchen Preußen den Staaten zugesagt, die sich dem engeren Bundesstaate anschließen, und stellt die natürliche Frage, wie nun zwei Behörden in ein und derselben Sache „cognosciren“ sollten, das **Bundesschiedsgericht zu Erfurt und die provisorische Bundeskommission zu Frankfurt?**“

Aus Mecklenburg, 24. Dezbr. [**Der aufgelöste engere Ausschuß**] hat sich in Strelitz wieder konstituirt, und zwar in Neubrandenburg als engerer ritterschaftlicher Ausschuß für Strelitz. Die aufgelösten Landräthe und der Bürgermeister von Strelitz bilden diesen Ausschuß, welchen der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz genehmigt hat. Die Strelitzsche Regierung wird sich überhaupt die Dokumente, Strelitz betreffend, welche die Schweriner Regierung dem engern Ausschuß abgenommen hat, ausliefern lassen und dem neu konstituirten Ausschusse in Neubrandenburg aushändigen.

Kiel, 24. Dez. [**Die Landesversammlung.**] Vor ihrer Vertagung hat die Landesversammlung in der letzten geheimen Sitzung am Morgen des 22. über die Politik des Landes Beschluß gefaßt. Derselbe geht, wie wir aus gut unterrichteter Quelle vernehmen, dahin, die Statthalterschaft zu ersuchen, die Rüstungen mit aller Energie fortzusetzen, und wenn nicht bald die direkten Verhandlungen mit der dänischen Krone ein bestimmtes Resultat in Aussicht stellen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen und das Herzogthum Schleswig von dem aufgedrungenen Regiment zu befreien. Die Form, in der dieser Beschluß gefaßt ist, soll übrigens eine sehr milde sein und der Einsicht der Regierung wesentlich die Entscheidung anheimgeben. Von der Linken, heißt es, seien schärfere Anträge gestellt, die nach einer, wie man sagt, sehr heftigen und leidenschaftlichen Debatte abgelehnt wurden. Die Linke soll beabsichtigen, gegen die definitive Bewilligung des Budgets zu stimmen, bis die Statthalterschaft durch die That gezeigt habe, daß sie auf eigene Hand zu handeln gesonnen ist. Hoffentlich wird es zu solchem Aeußersten nicht kommen. (H. N.)

Kiel, 25. Dez. [**Annahme der Vertrauensmänner.**] Der Herr v. Baudissin ist heute von Kopenhagen zurückgekehrt und hat, dem Vernehmen nach, die Botschaft überbracht, daß die zu Vertrauensmännern vorgeschlagenen Herren Prehn, Mommsen und Steindorff vom Könige von Dänemark acceptirt seien und demnächst in Kopenhagen erwartet würden. Daß man im Publikum kein Vertrauen zu Resultaten von den Berathungen dieser Vertrauens-Kommission hat, braucht wohl kaum gesagt zu werden. (B. H.)

Die Times vom 19ten d. M. enthalten die „Note des Königs von Dänemark in Erwiederung des durch den Baron v. Liliencron ihm überbrachten Privatschreibens der Mitglieder der Statthalterschaft.“ Sie lautet: „Se. Majestät der König ist sehr erfreut zu sehen, daß seine Unterthanen, obgleich sie gefehlt und ihre Pflicht gegen ihn vergessen haben, dem Throne sich nähern mit dem Wunsche, die Differenzen zu beenden, die durch ihre Unbedachtsamkeit und Verblendung sich erhoben. Nichts würde Sr. Majestät dem Könige erfreulicher sein, als zu sehen, daß Ordnung und Ruhe wieder hergestellt wäre in seinen Besitzungen, und daß seine Unterthanen befreiet wären von denjenigen Uebeln, die jetzt auf ihnen lasten. Allein Se. Majestät ist nicht gewillt, eine Zusammenkunft von Vertrauensmännern außerhalb Dänemarks zu autorisiren, und Se. Maj. wird mit keiner andern Macht in Friedensunterhandlungen eintreten, als mit derjenigen, die bereits dieselben im Namen Deutschlands übernommen hat, d. h. mit Preußen. Die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins werden im Uebrigen zur Verhandlung kommen bei der provisorischen deutschen Bundes-Kommission, bei welcher Se. Majestät als Mitglied des deutschen Bundes repräsentirt sein wird durch den Herrn v. Bülow, der bereits in dieser Qualität nach Frankfurt abgegangen ist.“

Oesterreich.

* **Breslau**, 28. Dezbr. Die heutige Wiener Post (vom 27. Dezbr.) ist ausgeblieben.

Frankreich.

✉ **Paris**, 25. Dez. [**Tagesbericht.**] Der Moniteur fährt in seinem gestern betretenen Wege der Berichtigungen heute fort. Es giebt jetzt so viel zu berichtigen, daß diese Rubrik des offiziellen Blattes wohl täglich gefüllt sein dürfte. Diesmal betrifft die Berichtigung abermals die Gerüchte einer **ministeriellen Modifikation** und es ist eine Art Oratio pro domo sua, wenn das Blatt des Ministeriums sich also äußert: „Das Journal L'Assemblée nationale verbreitet heute abermals gewisse Gerüchte einer Veränderung des Kabinets. Wir sind bevollmächtigt sie zu dementiren, es ist Schade, daß ein so ernstes Blatt, das der Vertheidigung der Ordnung so ergeben ist, sich so leicht zur Verbreitung lügnerischer Nachrichten hergiebt und indem es dazu beiträgt, sie zu accreditiren, gemeinschaftliche Sache mit der rothen Presse macht.“ Der Moniteur wird, wie man sieht, in seinen alten Tagen galant, er berichtigt, aber er weiß einen gewissen Unterschied in den Blättern herauszufinden. Da L'Assemblée nationale gestern das Gerücht von einer Veränderung des Ministeriums mit einer betrübten Miene erzählt hatte, so erscheint auch heute die ernste Amtsmiene des Moniteur durch einen Parfüm der Galanterie etwas milder. — Des Weihnachtsfestes halber war heute weder Sitzung der Nationalversammlung noch Börse. Die Blätter der gemäßigten Farbe kündigen heute an, daß sie morgen nicht erscheinen werden, weil heute in ihren Druckereien nicht gearbeitet wird. La République und L'Univers bringen leitende Artikel über den Weihnachtstag, beide von einem religiösen Standpunkt ausgehend, doch zu den heterogensten Konsequenzen gelangend. — Wir haben gestern die Vermuthung ausgesprochen, daß die Regierung bald durch ihre offiziellen Berichtigungen dadurch in Verlegenheit kommen dürfte, daß man jede Nachricht, die nicht im Moniteur widerlegt erscheint, für wahr halten würde. Heute fordert in der That la liberté, das offizielle Blatt, zu einem Dementi in Bezug auf die Nachricht auf, daß die Fonds, welche für eine Kasse zur gegenseitigen Hülfe begründet worden, um für den Bonapartismus zu rekrutiren, und daß eine bonapartistische Polizei in allen 12 Arrondissements zum Behufe imperialistischer Tendenzen organisirt worden sei. — Die Demission des Hrn. **Albert de Luyes** als Präsident der Kommission zur Untersuchung des Gesetzentwurfes über das Grab des Kaisers findet allgemeine Billigung. Ein bekannter Repräsentant soll sich heute geäußert haben: er hat wohl daran gethan; diese Grab-Angelegenheit wird Jeden beerdigen, der daran Theil genommen hat. — Gestern fand die Heirath zwischen dem Minister **Bineau** und Fräulein **Boniface de Beaumont** statt. — Die Ernennung des Hrn. **v. Persigny** zum außerordentlichen Gesandten nach Berlin war schon vor einigen Tagen bekannt und da derselbe seine Abreise schon gänzlich vorbereitet hatte, so mußte es auffallen, daß dieselbe nun wie es scheint, für einige Zeit verschoben wurde. Man erzählte heute in diplomatischen Kreisen folgendes als den Grund dieser Aufschiebung, ohne daß wir die Nachricht als gänzlich verbürgt mittheilen können. Gleich nachdem diese Ernennung des Hrn. v. Persigny im Moniteur erschienen war, begab sich der österreichische Gesandte, Hr. **Hübner**, ein sehr gewandter Diplomat zum Präsidenten der Republik und richtete an diesen die Frage, ob das Gerücht einigen Grund habe, daß Herr v. Persigny im Namen Frankreichs und Englands dem Könige von Preußen die Versicherung überbringe, daß diese Mächte im Falle einer ernstlichen Differenz mit Oesterreich sich auf Preußens Seite stellen würden. Der Präsident der Republik soll entschieden Nein gesagt haben. Da jedoch in der Diplomatie auch entschiedene Antworten nicht immer auf dem Boden der Wahrheit wurzeln, so betrachtet man des ungeachtet das obige Gerücht als nicht gänzlich widerlegt. Thatsache ist es übrigens, daß Hübner eine lange Konferenz im Elysée gehabt und daß Herr v. Persigny seine Abreise verschoben hat. — Die Nachricht, daß die parlamentarische Reunion des Staatsrathes beschlossen habe, gegen das Gesetz in Bezug auf die Absetzbarkeit der Primär-Lehrer zu stimmen, bestätigt sich. Die Regierung ist dadurch in Verlegenheit, weil sie den socialistischen Einfluß der Schullehrer gerade vor den Wahlen paralysiren wollte. Die Reunion des Staatsrathes ist übrigens nicht etwa aus radikalen Motiven gegen dieses Projekt der Regierung, sondern aus ganz entgegengesetzten, nämlich bloß deswegen, um die Regierung zu bestimmen, diesen Entwurf in Bezug auf den Primär-Unterricht von dem Projekte, den öffentlichen Unterricht betreffend, zu trennen, damit beide zusammen angenommen werden. — Heute war des Feiertages wegen keine Börse. In der Passage de l'Opéra hielten sich 5proz. sehr fest, man verlangte sie zu 92, 20. Man erzählte, daß die Bank von Frankreich die Interessen ihrer Disconten vermindern wolle. Das wäre eine Ergänzung der Maßregel des Finanzministers in Bezug auf die bons de Tresor. Keine politische Neuigkeit von der Beschaffenheit, um auf die Course der Renten einen Einfluß zu nehmen, cirkulirte. — Der Ministerrath war heute sehr bewegt. Es handelte sich um die Zurückziehung des Gesetzentwurfs über die Schullehrer, welche der Präsident halbwegs versprochen hatte. Herr **Parrieu** soll sich entschieden geweigert haben, den Entwurf zurückzunehmen, obschon gestern **Thiers** und **Montalembert** ihre Versicherung abgaben, daß er leicht in der Verhandlung verworfen werden könnte. — Die Generale **Changarnier**, **Hautpoul** und **Lahitte** bilden gegenwärtig ein politisches Triumvirat, welches das innige Einverständniß der Generale **Cavaignac**, **Lamoricière**, **Bedeau** und **Charras** gegenüber steht.

Italien.

* **Turin**, 21. Dezbr. Die Journale sind heute voll mit Details über die gestrige Eröffnung der Kammer. Das diplomatische Corps wohnte auf der Höhe eines Balkons des Palastes der Revue bei, welche nach der Eröffnungssitzung auf dem Schloßplatz stattfand. Die erste Sitzung der Deputirtenkammer wurde unter dem Alterspräsidenten Fraschini abgehalten. Man schritt zur Prüfung der Vollmachten. Bloß der Minister des Innern, Mameli, war auf der Ministerbank. Im Ganzen sind 196 Wahlen bekannt, wovon vierzehn wegen Doppelwahl abzuziehen sind. Herr Galvagno schlug vor, sich noch denselben Abend in Bureaus zu konstituiren und sich den folgenden Tag daselbst zu versammeln.

Großbritannien.

⊙ **London**, 24. Dez. [**Von der ungarischen Emigration.**] Wie wenig Vertrauen man in der hiesigen Finanzwelt der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in Ungarn schenkt, geht auch daraus hervor, daß die österreichische Regierung bisher vergebens die **ungarischen Bergwerke an der hiesigen Börse zum Verkaufe ausgeboten**. Die noch übrig gebliebenen **Leiter der ungarischen Revolution**

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 303 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 29 Dezember 1849.

(Fortsetzung.)

denken zwar an keinerlei Conspirationen für die Zukunft, und das hiesige ungarische Central-Comité, von dessen Bildung ich Ihnen neulich gemeldet, hat mit der revolutionären Propaganda nichts gemein, sondern beschränkt sich blos auf die Unterstützung der mit dem nackten Leben dem österreichischen Henker oder dem noch schlimmern Kerker entronnenen Patrioten. Es bedarf aber auch keiner Propaganda bei einer Nation, welche von ihrer Heldenkraft und ihrer unauslöschlichen politischen Lebensfähigkeit so bewundernswürdige Proben gegeben, und deren tausendjährige heiligste Rechte und Gefühle so übermüthig mit Füßen getreten werden. Aller seiner Festen, Waffen und andern Mittel beraubt, von dem russischen Koloß stets bedroht, wird das ungarische Volk keinen Insinuationen zu partikulären Schilderhebungen Gehör geben. Aber wenn der Posaunenschall der europäischen Freiheit wieder ertönt, und eine wahrhaft nationale Politik Deutschlands, Frankreichs und Englands die russischen Uebergriffe in die gehörigen Schranken zurückweist, wird auch die staatliche Auferstehung Ungarns vor sich gehen. Bis dahin ist es dem Haynau'schen Regierungssystem vorbehalten, unter den verschiedenen Nationalitäten Ungarns jene einheitliche Strebung zu Tage zu fördern, welche die von den Magyaren so glorreich errungene gemeinschaftliche Freiheit zu bewirken nicht im Stande war. — Die „Times" ist wiederum gut österreichisch geworden. Sie thut aber weislich daran, daß sie sich jene von Ignoranz und Bosheit strotzenden antiungarischen Korrespondenzen aus Hermannstadt, dem Grenzpunkt europäischer Bildung, schreiben läßt. Nur sollte sie diese Londoner Fabrikate aus der österreichischen Gesandtschaft nicht dadurch so augenfällig verrathen lassen, daß der angebliche Hermannstädter Korrespondent von Dingen spricht, die er unmöglich so früh in Hermannstadt erfahren konnte.

Rußland.

Von der russischen Grenze, 20. Dez. [Schmuggel. — Bauern-Revolution.] Der Kordon an der russischen Grenze ist durch ein livländisches Jäger-Regiment, welches seine Postenkette eine Viertelmeile hinter der ersten Chaine gezogen hat, verstärkt worden. Das Schmuggelgeschäft hat deshalb eine andere Richtung genommen. Längs der gefrorenen Memel geht der Waarenzug landeinwärts, bis die russischen Postenketten glücklich umgangen sind. Auch auf dieser Tour finden sich unter den Kosaken gewinnsüchtige Leute, welche die Transporte sicher und schnell, wenn auch etwas theurer, als die gewöhnlichen Schmuggler besorgen. — In Rußland selbst hat sich die permanente Bauern-Revolution der Grenze wieder genähert. Es ist bekannt, daß immerwährend hie und da ein oder der andere Distrikt von einer Empörung der Bauern gegen ihre Dränger, die Edelleute, heimgesucht wird. Das Drama beginnt in der Regel mit der Ermordung der Herren und der Einäscherung ihrer Höfe und endet mit der Füsilirung oder anderen wenig umständlichen Hinrichtung der „Aufständischen." Im Jahre 1843 hatte diese Bauern-Empörung ihre weiteste Ausdehnung erreicht, und es wurden damals zahlreiche Opfer hingerichtet. Ganz aufgehört hat diese Bewegung seitdem immer noch nicht, denn sie hat noch immer nicht unterdrückt werden können, da dieselben Ursachen, der Druck von oben, dieselben Wirkungen, die Reaktion von unten, hervorbringen. (Königsb. Z.)

[Die russische Flotte] zählt laut englischen Berichten 156 Segel. Davon sind 4 Linienschiffe zu 120, 6 zu 100—110, 26 zu 80—90, 18 zu 70 bis 80 Kanonen; sodann 28 Fregatten, ungefähr 40 Korvetten, Schooner und Briggs und 34 Kriegsdampfer. Diese Seemacht besteht aus fünf Divisionen, von denen 1 bis 3, die weiße, blaue, rothe, in der Ostsee, 4 und 5 im schwarzen Meere ihre Station haben. Die Flotte auf dem kaspischen See ist von nicht geringem Belang. Die baltische Flotte zählt mit der Artillerie noch nicht 30,000 Mann. Die Kriegsflagge ist weiß mit einem blauen Kreuze. So lange Rußland nicht Herr des Sundes und der Dardanellen ist, bleibt es eine Seemacht zweiten Ranges. Seine Flotte ist auf Binnenmeere beschränkt; da es eine nur schwache Handelsmarine hat, so bekommt die Kriegsflotte wenig seetüchtige Matrosen; man bemannt sie mit Leuten aus dem Binnenlande, vorzugsweise mit Juden aus Polen. — Den Juden war 1845 das Tragen ihrer Nationaltracht vom 1. Januar 1850 an gänzlich untersagt worden. Die meisten haben sich gefügt; nur einige sehr alte Juden — sagt die russische Regierung — haben ihre jüdische Kleidung bis jetzt beibehalten. Diesen ist nun nachgegeben worden, ihre ihnen werthe Kleidung beizubehalten, doch müssen sie dafür einen Zoll bezahlen; ein Kaufmann erster Gilde bezahlt jährlich 50 Rubel S. und selbst der ärmste Jude 3 Rubel S.

Thätigkeit für die Reichstagswahlen.

Der, anerkannt bundesfeindlichen „Deutschen (Leipziger) Allgemeinen Zeitung" zufolge ist nun die Ausschreibung der Wahlen in sämmtlichen sächsischen Herzogthümern geschehen, und nach ihr sollen dieselben am 15. (?) Januar vorgenommen werden. Letzteres könnte aber, wenn es so wäre, wohl nur auf einem Irrthum beruhen und würde eine nicht blos nutzlose, sondern auch nachtheilige Beeilung zu Wege bringen. Denn so viel bekannt, sollen die Wahlen aus guten Gründen überall an einem und demselben Tage, am 31. Januar vorgenommen werden, damit nicht mancher mehrfach Ansässige in mehreren Staaten nach einander wählen könne.

Aus Baiern heißt es u. a. in demselben Blatte (aus der deutschen Reichszeitung) wäre von Seiten der Regierung eine Anfrage nach Berlin ergangen, wie man sich wohl zu Ecfurt in dem Falle zu verhalten beabsichtige, wenn etwa in Baiern, namentlich in den drei fränkischen Provinzen, die Einwohnerschaft eigenmächtige Wahlen zum Erfurter Reichstage vornehmen sollte, und wenn die so Gewählten sich bei demselben einfänden? Hierauf sei geantwortet worden, man möge sich hierüber in Baiern nur beruhigen, dem Reichstage stehe die Prüfung der Vollmachten seiner Mitglieder zu, und er werde unberechtigte sicher nicht zulassen. Selbst in thatsächlich falschen Gerüchten liegt häufig eine gewisse innere, moralische Wahrheit, und hier vielleicht eine sehr lehrreiche, auch für manche andere größere deutsche Staaten.

In Hamburg ist die Veröffentlichung des Wahl-Gesetzes erfolgt, mit dem Beifügen, daß die beliebten üblichen Modifikationen mit ausdrücklicher Genehmigung des Verwaltungsrathes zu Berlin gemacht seien.

Im Fürstenthum Lippe, welches glücklicherweise nur einen Mann ins Volkshaus zu schicken hat, besorgt man, die Einwohnerschaft, welche des Wählens müde sei, werde sich dieses Mal wenig betheiligen. Das sollte freilich nirgendwo vorkommen.

Im Herzogthum Nassau, dessen Bewohner zur Hälfte katholisch sind, versuchen jetzt die Ultramontanen im Vereine mit den Demokraten von den Wahlen abzureden. Also wiederum das alte Spiel von beiden Seiten. Doch soll das geistliche Oberhaupt der betreffenden Diözese, der Bischof von Limburg, dringend ermahnt haben, sich gebührend zu fügen. (Hiernach scheint das gute Beispiel des würdigen und hochangesehenen Fürstbischofs von Breslau, doch auch in dem übrigen Deutschland nicht ohne Beachtung und Nachahmung zu bleiben.) Zudem wird in Nassau wohl auch die Thätigkeit der Konstitutionellen unter der Leitung Hergenhahns von gutem Erfolge sein. P. C.

Lokales und Provinzielles.

X. Breslau, 28. Dezbr. [Der konstitutionelle Kongreß.] Der vom konstitutionellen Centralverein zusammengerufene Kongreß hat soeben seine erste Sitzung beendet. Um 10 Uhr Morgens hatten sich gegen 100 Theilnehmer aus der Stadt und der Provinz im Saale des Königs von Ungarn versammelt. Haase als Präsident des Vereins eröffnete die Versammlung. Nachdem derselbe v. Vincke und Graf Dyhrn zum Vorsitze vorgeschlagen, wurde Haase zum Vorsitzer erwählt. Braniß wird Vicepräsident; Hoffmann von Löwenberg und von der Decken aus Ratibor fordert der Vorsitzende zur Führung der Protokolle auf. Der letztere kann das Amt nicht übernehmen, da er als Abgeordneter eines Vereins nicht weiß, wie er sich zu dem Kongresse zu verhalten haben werde. An seiner Stelle wird Wasserschleben zweiter Schriftführer.

Die im „Schlesischen Volksblatte" vom heutigen Tage abgedruckte Geschäfts-Ordnung wird ohne Debatte angenommen. Danach ist erster Punkt der Tagesordnung das Programm für die Wahlen zum Erfurter Reichstage. Dasselbe, wie es von der Versammlung angenommen ist, lautet:

Der konstitutionelle Kongreß,
versammelt zu Breslau am 28. Dezbr. 1849
erklärt:

„Wir erstreben die Einheit und die Freiheit der deutschen Nation. Wir sind überzeugt, daß ohne Einheit keine Macht bestehen, ohne Macht sich keine Freiheit behaupten und geltend machen kann. Wir glauben, daß die Grundlagen zur Erreichung dieses Zieles auf dem Reichstage in Erfurt gelegt werden müssen, und halten es für unsere Pflicht, nach Kräften dahin zu wirken, daß dieser nicht nur überhaupt beschickt werde, sondern daß er besonders mit Abgeordneten beschickt werde, welche Kopf und Herz für die deutsche Sache haben. Als solche Männer werden wir vornehmlich diejenigen erkennen, welche mit folgenden Ansichten übereinstimmen:

1) Es ist eine feste Begründung des deutschen Bundesstaates zu erstreben, mit dem Reichsoberhaupte in dem Könige von Preußen als dem Fürsten des mächtigsten rein deutschen Staates, und mit Volks- und Staatenhause als den unerläßlichen Bedingungen der konstitutionellen Freiheit in dem deutschen Gesammt-Staate.
2) Bei Feststellung der Verfassung muß den beiden Häusern ein gemeinsames Organ gegenübertreten, welches die Regierungen, die dem Verfassungs-Entwurf vom 28. Mai entweder beigetreten sind oder noch beitreten werden, repräsentirt und unwiderruflich bindet.
3) Es ist die Pflicht der Deputirten, auf die schleunigste Vollendung des Verfassungswerkes hinzuwirken. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß der Verfassungs-Entwurf vom 28. Mai 1849 im Vollen und Ganzen von den beiden Häusern sofort angenommen werde.
4) In jedem Falle ist darauf zu halten, daß dasjenige, was in der Reichsverfassung vom 28. März und in dem Drei-Königs-Entwurfe vom 28. Mai übereinstimmt, nicht mehr in Frage gestellt werde und daß in dem Uebrigen, was nicht übereinstimmt, das Maaß der dem Volke durch den Drei-Königs-Entwurf zugestandenen Rechte nicht vermindert, die Einheit des Bundesstaates nicht geschwächt werde.
5) Oesterreich als ein europäischer Staat, welcher durch seine gegenwärtige Verfassung von Deutschland entschieden getrennt ist, kann in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten. Zu wünschen ist eine aufrichtige und dauernde Union mit Oesterreich, aber nur insofern dies erreicht werden kann, ohne daß diese Verbindung die Einheit, Freiheit und Selbstständigkeit des deutschen Bundesstaates gefährdet.

Die Debatte über die, damit fast gleichlautende, Vorlage der Kommission entspann sich folgendermaßen.

Haase theilt mit, wie dieses Programm im Wesentlichen die im früheren „Aufrufe" enthaltenen Punkte enthält.

Stenzel als Referent der Kommission motivirt dasselbe: § 1 verlangt das Volkshaus, gegenüber denen, die nur ein Staatenhaus für nöthig halten. § 2 verlangt, daß die Regierungen als Gesammtheit dem Reichstage gegenüber vertreten sind, da die Frankfurter National-Versammlung daran zu Grunde gegangen sei, daß sie die Menge der deutschen Regierungen einzeln sich gegenüberstehen hatte; die Verfassung dieses Organes soll den Regierungen überlassen sein; jedenfalls aber müssen die Beschlüsse desselben unwiderruflich bindend sein. § 3 ist den Punkten des früheren „Aufrufes" neu hinzugefügt: man solle lieber, ehe nichts zu Stande kommt, den vorgelegten Verfassungsentwurf sogleich annehmen; die deutsche Natur wird doch durchdringen und Preußen deutsch machen. § 4 sagt, daß wenn andere Staaten, wie Würtemberg und Baiern, Bedingungen des Eintritts in den Bundesstaat stellen sollten, im Drei-Königs-Entwurf das Aeußerste an Beschränkungen der Einheit und Freiheit zugestanden sei. Endlich die im § 5 gewünschte Union mit Oesterreich wird um so möglicher sein, da es Deutschland nicht nur durch die Interessen, sondern auch die Sympathien verbunden ist.

Röpell weist darauf hin, wie gerade das Programm die Nothwendigkeit der Spaltung in der konstitutionellen Partei darthut, man brauche dasselbe nur mit dem der Partei Arnim-Boitzenburg in Berlin zu vergleichen. In diesem sei der Hauptaccent nicht auf den deutschen Bundesstaat gelegt, sondern darauf, daß derselbe den preußischen Interessen möglichst diene. Diese Partei will in „streng konservativem" Sinne handeln — was die Arnim, Reetz, Strachwitz, Klützow konservativ nennen, wissen wir! Jene Partei will nicht einmal das, was der Drei-Königs-Entwurf will; sie rechnet denselben unter die „früheren Pläne", und will ihn zu einer „Verfassung" erst umarbeiten, die die Bedingungen eines Bundesstaates enthalte. Diese Verfassung also wollen sie nicht; sie wollen den Entwurf nur benutzen für die Absichten ihrer Partei in Preußen: die Bundes-Verfassung soll nach dem Beschluß der Berliner Kammern maßgebend sein für die Verfassung Preußens; so wollen jene nur, was in Berlin gegen ihren Willen in die Verfassung gekommen, in Erfurt aus ihr ausmerzen. Das ist die innere Nothwendigkeit der Spaltung unserer Partei; sie beruht tief in der Sache, nicht in den Personen.

v. d. Decken: Jene Partei ist nicht so sehr zu fürchten; sie ist so gering, daß es nicht nöthig ist, gegen sie Front zu machen. Preußen und Oesterreich stehen einander gegenüber. Preußen ist der natürliche Träger deutscher Einheit und Größe. Deßhalb ist Oesterreich, und gerade nach seiner selbständigen Konstituirung dem deutschen Bunde gegenüber, im wahren Sinne deutsch. Das Nationalgefühl ist nicht das Höchste; es ist eine Sonderung, eine Beschränkung. Höher sind die Pflichten gegen die Menschheit. Die Resultate der Civilisation gehen hinaus über das einseitige, spezifische Na-

tionalgefühl des Polen und des Franzosen, sie sind univetsell. Gerade gegen die Würde des Deutschen ist es, in die Schranken der Nationalität eingepfercht zu werden, in ihr die Grenzen seines Strebens zu finden. Gehen wir über auf die Verhältnisse Europa's. Oesterreich ist verpflichtet, seine Stellung nach Osten, gegen die Levante, höher zu schätzen, als die patriotischen Unionsbestrebungen. Kann sich der deutsche Bundesstaat nicht nach Norden, durch Verbindung mit den übrigen Völkern germanischen Stammes vergrößern? Oesterreich hat nicht undeutsch gehandelt; es ist mit Ungarn weit verwandter, als mit dem Norden Deutschlands. Mögen auch die österreichischen Politiker sich dieser Bedeutung nicht klar gewesen sein, die dynastischen Interessen folgen doch instinktartig den höheren Interessen der Menschheit.

Stenzel in Bezug auf seine obige Rede: Oesterreich hat nicht Unrecht gethan in seiner Trennung von Deutschland; aber das formelle Recht dazu hat es nicht gehabt.

Vinke von Olbendorf, Mitglied der ersten Kammer, drückt seine Freude aus, in dem Programme die Meinung seiner politischen Freunde in Berlin wieder zu finden.

Bergius, auf § 3 sich beziehend: Wir müssen die Mai-Verfassung ohne Weiteres annehmen, ohne Revision. Ich will nicht fragen, ob die preußische Verfassung vor oder nach der Revision besser war! Die Mai-Verfassung enthält Bestimmungen, die für die preußische Verfassung noch günstig werden können. § 185 derselben verlangt, das Volk jedes Einzelstaates soll eine entscheidende Stimme in der Besteuerung und Gesetzgebung haben, und § 192, daß keine Verfassungs-Bestimmung eines Einzelstaates in Widerspruch mit der allgemeinen deutschen Verfassung stehen solle. Danach können wir durch baldige Annahme der Vorlage die obige Bestimmung in die preußische Verfassung hineinbringen.

v. Vinke bemerkt, daß jener § 185 in der preußischen Verfassung erfüllt sei, da in Betreff der Abänderung der Besteuerung die Zustimmung der Kammern nöthig sei.

Graf Dyhrn wendet sich gegen die Rede des Hrn. v. d. Decken: er habe früher viel mit Arnold Ruge, der jene kosmopolitischen Grundsätze aufgestellt, literarisch gestritten, und dieser habe ihm doch immer das zugestehen müssen, daß für jetzt nur ein Zustand der gleichen Berechtigung der einzelnen Nationen möglich sei, und daß zu einem solchen „Pair" (er, der Redner, sei sonst zwar kein Freund der Pairs) nicht blos die Macht der Gelehrsamkeit, sondern die Macht im Reiche der Erde, in Europa nöthig sei. — Wir sind alle Preußen. Ein guter Preuße zu sein, weiche ich Niemandem. Für die Ehre Preußens — so weit sie immer gewahrt war — werde auch ich stets eingestehn. Die Ehre Preußens aber ist die Einheit Deutschlands. Das Ministerium, der König Preußens haben in der Uebernahme des deutschen Einigungs-Werkes ihre eigene Ehre gesehen. Als die preußische Krone die angebotene Verfassung nicht annehmen konnte, hat sie versprochen: was das deutsche Volk im Jahre 1848 nicht vermocht, werde ich können. Damit ist die Ehre unserer Krone, unseres Volkes verpfändet! — Was Oesterreich betrifft, so bin ich kein Feind Oesterreichs, aber ich kann in keinem österreichischen Akt etwas Deutsches finden. Deutschland soll der Schemel seiner Füße sein. Mein Gewährsmann soll der preußische Regierungs-Kommissarius am 7. September sein, Herr v. Radowitz, als er sagte: „der deutsche Bundestag war nicht nur schmachvoll, er war auch lächerlich." Oesterreich hat ihn aufgegeben; mit der Constitution vom 4. März hat es sich als einig und untheilbar Deutschland gegenübergestellt. Mit diesem Oesterreich ist es unmöglich, eine engere Union zu stiften, wie Gagern es wollte — dies halte ich für Gagerns größten politischen Fehler: denn Oesterreich ist für die Levante keine Macht. Es wird die Eroberung Konstantinopels nicht hindern, nachdem es die Krone des h. Stephan von eines Kosaken Lanze wieder erhalten hat. — Das Gefährlichste ist jetzt das Interim, das die Union darstellen soll. Das Interim hat „den Schalk hinter ihm"; es hat die Macht des alten Bundestags in seinen Händen, der das Recht der Gesetzgebung des inneren Bundes besaß. Deshalb haben die preußischen Kammern ihm nur die Verwaltung des Bundesvermögens zuerkannt, in allem Andern ihre eigene Zustimmung sich vorbehalten. Deshalb, meine Herren, muß Ihr jetziger Abgeordneter sich auf den Bundesstaat stellen, und sich von keinem Interim und Bundestag verdrängen lassen. Mit den andern deutschen Staaten mag der Bundesstaat ein „weiteres Bündniß" eingehen, aber deshalb erst diesen gründen! Der preußische Premier-Minister sprach am 7. August ein weltgeschichtliches Wort: „— dieser Bundesstaat, dem sich mit der Zeit keiner der Bundesstaaten wird entziehen können!" Ich selbst hoffe noch die Zeit zu erleben, wo ihm auch das deutsche Oesterreich angehören wird! — Endlich, jene uns entgegengesetzte Partei ist nicht so klein, als man uns glauben machen will — ich habe fünf Monate mit ihr gekämpft!

v. d. Decken: Streben wir fürs Erste nach der Einigung Deutschlands. Schneiden Sie deshalb nicht jene Theile ab, die nach Ihren Begriffen nicht spezifisch deutsch sind. Dieses „spezifische Deutschthum" kann eben so schlimm sein, wie das „spezifische Preußenthum". Auf beiden Seiten sind „politische Philister".

Darauf wird der Schluß der allgemeinen Debatte beliebt. Man geht auf Berathung der einzelnen Punkte des Programms über.

Ueber den Fortgang des Kongresses morgen.

† **Breslau**, 28. Dezember. [Polizeil. Nachr.] Vom 21. bis incl. 27. d. M., sind außer vielen kleinen Diebstählen folgende Einbrüche vorgekommen, und nachstehende Gegenstände entwendet worden: Am 21. durch gewaltsames Oeffnen von acht Schüben, Schränken ꝛc., welche in einer mittelst Nachschlüssel geöffneten Stube in dem Hause Nr. 5 in der Basteigasse gestanden, sämmtliche Wäsche, vier Schnuren ächter Perlen an einem goldenen Schloß und 83 Rtl. in Kassen-Anweisungen, ferner am 22. ebenfalls durch gewaltsame Erbrechung einer mit zwei Schlössern versehenen Thüre in dem Hause Nr. 14 in der großen Groschengasse ein Paar goldene Ohrringe, ein silbernes Armband, ein großes Umschlagetuch und eine silberne Kapseluhre, am 23. aus einer aufsichtslos gelassenen Küche in dem Hause Nr. 11 in der Karlsstraße mehrere Kleidungsstücke und 4 silberne Kaffeelöffel; am nemlichen Tage aus einer mittelst Nachschlüssel geöffneten Stube in Nr. 18 in der Gartenstraße 30 Rtl. in Kassen-Anweisungen, ein goldenes Kreuz mit einem Crysopras, 7 Coupons zu einem Pfandschein von 90 Rtl., vier silberne Theelöffel, ein silberner Eßlöffel, acht Wachsstöcke und mehrere Taschentücher; am 24. des Abends mittelst Oeffnen einer Stube in dem Hause Nr. 51 in der Schuhbrücke ein schwarztuchener Pelz, ein complettes Gebett Betten, mehrere tuchene Ueberröcke, zwei Leuchter von Neusilber, vier Kupferstiche und eine Kassen-Anweisung von 5 Rtl., und am 26. des Abends durch Auflassen der Thüre aus dem Hausflur des Hauses Nr. 3 in der drei Lindengasse eine eiserne Wanne, 1 Ctr. 30 Pfd. schwer.

Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation werden vom 24. bis incl. 29. d. bei öffentlichen Bauten beschäftigt: 2 Zimmergesellen und 80 Tagearbeiter.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Ober-Pegel 17 Fuß 4 Zoll, und am Unter-Pegel 4 Fuß 11 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 24. d. am ersteren um 1 Fuß 5 Zoll und am letzteren um 1 Fuß 7 Zoll gefallen.

△ **Liegnitz**, 26. Dezbr. [Bürgermeister Krüger. — Regierungsrath v. Merkel. — Weihnachtsbescheerungen.] Das Verwaltungspersonal der hiesigen Kommune befindet sich noch immer in sehr inkomplettem Zustande. Der Bürgermeister Krüger, welcher wegen einer Menge gegen ihn erhobener Anklagepunkte schon vor längerer Zeit von seinem Amte suspendirt und zur Disziplinaruntersuchung gezogen wurde, hat nun durch den von der hiesigen königlichen Regierung gebildeten Disziplinarhof das Verdikt „schuldig" und in Folge dessen die Erklärung seiner völligen Amtsentsetzung vernehmen müssen. Auf die von dem Stadtverordneten-Kollegium gegen die königliche Regierung erhobene Perhorrescenz war man höheren Orts nicht eingegangen. Bürgermeister Krüger hat gegen das Verdikt Rekurs ergriffen, von welchem Schritte er die besten Folgen erwartet. Bemerkenswerth bleibt es, daß sein Defensor ihn nicht zu dem letzten Termine auf die Regierung begleitet hat. — Der Kämmerer ist noch immer suspendirt und seine Angelegenheit, so viel wir wissen, auch noch in kein neues Stadium gerückt. — Dieses Jahr haben die hiesigen Vereine und sonstigen Kommunalverbände mit einander gewetteifert, armen Schulkindern durch Weihnachtsbescheerungen eine ungewohnte, vielleicht sogar eine ungekannte Festfreude zu machen. Am Sonntage Nachmittags wurden eine große Anzahl Schulkinder der christkatholischen Gemeinde im betreffenden Schul-Lokale reichlich beschenkt. Gestern fanden derartige Bescheerungen von Seiten der Liedertafel, des Volksgesangvereines und des demokratischen Vereins statt. In der Knabenklasse der Armenschule hat ebenfalls eine Bescheerung stattgefunden. — Viel Stoff zur Unterhaltung gewährt gegenwärtig das Resultat des v. Merkelschen Prozesses, resp. die Freisprechung des Angeklagten. Herr v. Merkel wird nicht wieder in das hiesige Regierungs-Kollegium eintreten, sondern nach einem andern Bezirke versetzt werden. Man sagt, daß seine Stelle einer von den Düsseldorfer disziplinirten Räthen einnehmen wird.

* **Hirschberg**, 27. Dezbr. [Feuer.] Heute morgen gegen 3 Uhr wurden wir durch Feuer-Signale geweckt, die aber alsbald ein Ende nahmen. Die Gärtnerstelle der verwittweten Brückner, in der Nähe der Heinrich Richterschen Papier-Fabrik zu Kunnersdorf wurde ein Raub der Flammen. Das Feuer brach in der Scheuer aus, die Ursache ist noch nicht ermittelt.

Mannigfaltiges.

— [Dampfboot-Explosion bei Neu-Orleans.] Schon der vorletzte Bostondampfer überbrachte die (bereits mitgetheilte) kurze Nachricht von einem entsetzlichen Unglücksfalle, welcher sich auf dem Missisippi zugetragen hatte; das Dampfboot „Louisiana", welches gerade mit 208 Reisenden den Missisippi hinauffahren wollte, war in die Luft geflogen und fast mit allen Personen an Bord zu Grunde gegangen. Wir erhalten jetzt mit den Neu-Orleans-Blättern die grauenhaften Einzelheiten. Es war 4 Uhr Nachmittag; die „Louisiana" lag mit voller Ladung am Kai der 2. Municipalität; der Landungsplatz war voll von Menschen und Wagen, vollgepfropfte Dampfböte lagen hier und da auf dem Strome. Die Matrosen der „Louisiana" zogen eben die Landungsbrücke an Bord; die Maschine machte ihre erste Bewegung, als mit einem Male unter einem ungeheuren dannergleichen Krachen beide Kessel des Bootes in die Luft flogen. Die Erde bebte, Fensterscheiben klirrten, die Luft schien einen Augenblick verdunkelt von der Masse hoch emporgeschleuderter Trümmer und Leichen, und gleich darauf bedeckten sich Kai und Fluß mit den niederfallenden Stücken. Menschliche Gliedmaßen, entstellte Leichen lagen rings umher; verbranntes Fleisch verbreitete seinen widerwärtigen Geruch und die zum Kai herbeieilenden Neugierigen, sagt ein amerikanisches Blatt, „wandelten buchstäblich auf Menschenfleisch und in Menschenblut." Die auf dem Kai versammelte Menge hatte sich bei dem Krachen der Explosion, von panischem Schrecken ergriffen, in wilder Flucht von dannen gestürzt; unter entsetzlichem Gedränge wälzte sie sich in die engeren Straßen; wildgewordene Pferde sprengten mitten hinein und traten Männer, Weiber und Kinder unter ihre Hufe; Angst- und Wehgeschrei ertönte überall. Am furchtbarsten aber ging es auf dem Flusse zu; der Rumpf des explodirten Dampfschiffes stand in Flammen, viele Verwundete lagen hilflos und laut schreiend auf den brennenden Planken, und ehe Hilfe gebracht werden konnte, sank das Wrack mit Allem, was darauf war, unter. Auf den Angstschrei folgte urplötzlich schauerliche Stille. Nach einiger Zeit begann das thätige Treiben der Hilfeleistenden; Todte und Verwundete wurden aus dem Flusse gefischt; die Letzteren wurden nach dem Spitale gebracht, während Karren auf Karren mit Leichen nach der Mairie rollte. Dort fanden die herzzerreißenden Scenen statt; über 150 Personen waren umgekommen und nun drängten sich Männer, Frauen, Eltern und Kinder herbei, um unter den aufgefischten Ueberresten Spuren der Ihrigen zu erkennen. — Die Gewalt der Explosion war unbeschreiblich: der eine Kessel des Dampfbootes wurde horizontal über den Kai gegen ein großes Gebäude geschleudert, dessen Erdgeschoß eine Kaffeewirthschaft einnimmt. Auf seinem Fluge tödtete er einen Kärrner sammt dem Karrengaul; dann warf er einen Haufen Baumwollenballen nieder und zerschmetterte schließlich die eiserne Verandah des Kaffeehauses. Hätten die Baumwollenballen nicht die Kraft des Fluges gelähmt, so würde der Kessel, einer großen Bombe gleich, mehrere Häuser zertrümmert haben. Auf 600 Fuß Entfernung wurde ein Maulthier von einer Schiffsplanke mitten durchgerissen. Der Ingenieur des Dampfbootes ist mit dem Leben davon gekommen; er hatte einige Sekunden vor der Explosion Unrath gemerkt und dem Heizer zugerufen: „Es gibt Unglück: lauft, wenn euch euer Leben lieb ist," — und war auf Deck gerannt. — Unter den in den Zeitungen veröffentlichten Todtenlisten finden wir keine deutsche Namen. (W.-Z.)

— (Punch's Bemerkung über Karl Heinzen.) In seiner Nummer vom 8. Dezember sagt Punch unter der Ueberschrift: „Geselliges Komfort der Sozialisten": Wie wir sehen, hat Herr Karl Heinzen hier zu Lande ein Stück von Kontinental-Sozialismus der wüthendsten Art herausgegeben. Dieser gräßliche (atrocius) Unsinn, in deutscher Sprache niedergelegt, ist natürlich für die ausschließliche Erbauung seiner eigenen Landsleute bestimmt, welche sich ihrem Geschmacke überlassen mögen; aber mögen Briten nie die soziale Kotelette der Guillotine mitgenießen oder sich um das soziale Feuer des Mordbrandes niederlassen.

— Eine schreckliche Mordthat ist auf der Straße von Turin nach Asti begangen worden. Ein Fremder, welcher in einem der ersten Gasthäuser von Turin abgestiegen war, hatte eine Summe von 6000 Franken empfangen. Von diesem Augenblicke an bis zu seiner Reise nach Asti verließen ihn vier anständig gekleidete Männer nicht mehr, jedoch ohne seinen Verdacht zu erregen. Nach Einbruch der Nacht folgten sie ihm nach der Eisenbahn, nahmen vier Plätze und setzten sich in den nämlichen Wagen, den der Reisende genommen hatte. Was sich während der Reise ereignete, ist unbekannt. Die vier Unbekannten stiegen in Baldichiesa aus und der Zug setzte seinen Weg fort. In Asti angekommen, öffnete der Kondukteur den Wagen. Groß war jedoch der Schrecken des Kon-

dukteurs, als er den Reisenden leblos in dem Wagen fand. An dem Halse trug er deutliche Spuren einer Erwürgung.

Düsseldorf, 21. Dez. Heute macht hier eine Erzählung die Runde, die uns mit Schauder erfüllt. In Saru, unweit Uerdingen, hatte der Lehrer des Dorfes lässige Schüler zum bessern Schulbesuche angehalten und, da das Gute nicht half, mit Strenge gedroht. Ob diese Strenge eingetreten, darüber weiß man noch Nichts. Gestern fand man den Lehrer halbtodt geschlagen im Freien. Sprach- und besinnungslos lebte er noch 2 Stunden, ohne Aufschluß über den Thäter geben zu können. Doch brachte das Gerücht die That mit dem Anhalten zum Schulbesuch in Verbindung. So das Gerücht.

Folgendes ist die Stärke der verschiedenen Parteien in dem soeben zu Washington eröffneten Kongreß: Von den 60 Mitgliedern des Senates gehören 24 den Whigs, 34 den Locofoco's oder Demokraten und 2 den Free-Soilers an. Die beiden letzteren sind in New-Hampshire und Ohio, der eine von den Whigs, der andere von den Demokraten gewählt worden. Das Repräsentanten-Haus, welches, wenn es vollzählig ist, 231 Mitglieder enthält, besteht aus 111 Whigs und 116 Locofoco's. Die politische Richtung von 3 Deputirten ist unbekannt oder unentschieden.

Die Umwandlung der Republik Hayti in ein Kaiserthum schreitet rasch vorwärts. Faustin I. hat für 500,000 Gourder neues Papiergeld in 20 Frankноten ausgeben lassen. Die Ausprägung von Geld ist in Hayti keine leichte Sache. Der genealogische Kalender in Gotha enthält keine so lange Liste von Brüdern, Schwestern, Tanten, Cousins einer regierenden Familie als der übrigens sehr schlecht gedruckte Hof-Kalender von Hayti. Faustin I. überschwemmt das Land förmlich mit Pairs, die ihren Namen von verschiedenen Lokalitäten erhalten. Die Devise des kaiserlichen Hauses ist Liberté, Egalité, aber die Grafen erhalten das Prädikat Excellenz. Die Kaiserin Adelina hat 40 Ehrendamen, die sämmtlich Prinzessinnen, Herzoginnen und Baronessen sind. Die beiden kaiserlichen Prinzessinnen heißen Oliva und Celestina.

Inserate.

Bekanntmachung.

Alle Diejenigen, welche die Ausfertigung eines Attestes zum einjährigen Militärdienst zu beantragen sich für befugt erachten, haben die diesfälligen Gesuche schriftlich an das Bureau der unterzeichneten königlichen Departements-Prüfungs-Kommission für einjährige Freiwillige, zur Zeit Königsplatz Nr. 2, gelangen zu lassen und gleichzeitig einzureichen:

1) ein Taufzeugniß,
2) ein vollständiges Zeugniß, aus welchem erhellt, daß Bittsteller entweder in einer der drei ersten Klassen eines Gymnasii sich befindet und in allen Zweigen des Schulunterrichts einen solchen Grad wissenschaftlicher Vorbereitung bekundet habe, der erwarten läßt, daß er sich mit Nutzen den Wissenschaften widmen könne, oder sofern derselbe die Universität bezogen, das Zeugniß der Reife erhalten, weil sonst annoch eine Prüfung vor uns erfolgen muß, die überhaupt nach Maßgabe der Umstände von unserm Ermessen abhängt, insbesondere wenn die Zeugnisse irgend ein Bedenken enthalten. Die nun vor uns stattfindende Prüfung wird auf die deutsche, die ältern Sprachen, resp. auf die französische, vaterländische und allgemeine Geschichte, Geographie und Mathematik gerichtet. Wenn aus den Zeugnissen nicht auch zugleich die Prüfung erhellt, so ist
3) noch ein Führungsattest zu überreichen.

Zweckmäßig wird es endlich sein, wenn zur Feststellung des Gesundheitszustandes gleichzeitig ein ärztliches Attest mit eingereicht wird, welches die körperliche Befähigung außer Zweifel setzt, indem dann der Verpflichtete einer militärärztlichen Untersuchung durch den Departementsarzt hierorts enthoben wird, was namentlich auswärtigen Petenten bezüglich der Zeit und Reisekosten von Wichtigkeit sein wird, andrerseits können auch Leiden obwalten, die der Hausarzt kennt, aber nicht ohne Weiteres von dem Departementsarzt zu erkennen sind.

Hiebei wird ausdrücklich bemerkt, daß Atteste über die Qualifikation zum einjährigen Militärdienst nur von den königl. Departements-Prüfungs-Kommissionen gültiger Weise ertheilt werden dürfen, und daher auf Bescheinigungen über die Meldung zu diesem Dienste, welche andere Militär- oder Civil-Behörden etwa irrthümlicher Weise ausgestellt haben, keine Rücksicht genommen werden kann. Gleichzeitig wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß nur bis zum 1. Mai desjenigen Jahres, in dem der Militärpflichtige sein 20stes Jahr erreicht, Anmeldungsgesuche zum einjährigen Militärdienst von der unterzeichneten Kommission berücksichtigt werden dürfen, und der wirkliche Diensteintritt bei den Truppentheilen stets am 1. April oder 1. Oktober jeden Jahres erfolgen muß.

Für diejenigen, welche sich der Prüfung zu unterwerfen haben, sind für das Jahr 1850 folgende Termine angesetzt:

der 23. Januar,
der 13. März,
der 10. Juli.

Die Anmeldungen werden geräumig vor diesen Terminen schriftlich erwartet und ist stets besondere Anweisung und Vorladung abzuwarten.

Breslau, den 6. Dezember 1849.
Königliche Departements-Prüfungs-Kommission für einjährige Freiwillige.
v. Willich. v. Woyrsch. Barthel.

Bekanntmachung.

Bei dem herannahenden Jahreswechsel erklären wir uns gern bereit:

die anstatt der sonst üblichen Neujahrs-Gratulationen der hiesigen Armen-Kasse zugedachten milden Gaben anzunehmen.

Wir haben demnach veranlaßt, daß letztere sowohl im Armenhause von dem Spezial-Verwalter Wiesner, als auch auf dem Rathhause von dem Rathhaus-Inspektor Reßler gegen gedruckte und numerirte Empfangs-Bescheinigungen angenommen, auch die Namen der Geber durch die hiesigen Zeitungen noch vor dem Eintritt des neuen Jahres bekannt gemacht werden sollen.

Breslau, den 16. Dezember 1849.
Die Armen-Direktion.

Nachruf

an unsere innigst geliebte, so früh dahingeschiedene Freundin Fräulein Henriette Löwy, gestorben am 24. Dezember 1849.

Du bist dahin, nicht konnte Dich erhalten
Der Mutter, Bruder und der Aerzte Mühn,
Dein Geist, er sollte hier nicht länger walten,
Er mußt' hinauf nach seiner Heimat zieh'n.

Warum mußt Du so früh uns denn verlassen?
Die wir so sehr, so innig Dich geliebt;
Nur wer Dich kannte, wird es ganz erfassen,
Wie tief und schmerzlich uns Dein Tod berührt.

Doch Deine Leiden sollten endlich enden,
Auch warst Du viel zu gut für diese Welt;
Zum Himmel wollen unsern Blick wir wenden,
Zum Himmel, der Dich nun umfangen hält.

Drum trauert nicht, daß Sie dahin gegangen,
Ihr ist ja wohl, Sie sehnt sich nicht zurück;
Schon längst, Ihr wißt es, war es Ihr Verlangen
Und Sie erreichte endlich Ihr Geschick.

Breslau, den 29. Dezbr. 1849.
Von einigen ihrer Freundinnen.

Theater-Nachricht.

Sonnabend den 29. Dezbr. **Zum Benefiz der Wittwe des hier verstorbenen Schauspielers Herrn Henning.** — Erste Abtheilung: 1) Zum ersten Male: **„Der Marquis von Lauzun."** Lustspiel in einem Akte, nach dem Französischen von Auerbach. — Personen: Marquis von Lauzun, Fräulein Heyne. Baron von Bärenforst, Herr Keller. Doktor Aloysius Ebermeier, Herr Kläger. Goulußmann, Herr Stotz. Hildegard, dessen Gattin, Frau Baumeister. Mathilde Gräfin von Wallenstein, des Barons Mündel, Fräulein Schwelle. Reinhard, Gastwirth, Herr Schöbel. Bordeaux, Diener des Marquis, Herr Knebel. Ein Courier, Herr Moritz. — 2) **Salon-Mazurka,** getanzt von den Fräulein Sachs, Brühl, Ida Standke und den Herren Hasenhut, Nieselt und Heinrich Vogel. — 3) **„Das Tausendschön"**, Lied von Eckert, gesungen von Fräulein Babnigg. — 4) **„Die Loreley"**, Duett von Netzer, mit Begleitung der Klarinette und des Klavieres, gesungen von den Herren Rieger und Weixlstorfer. — 5) Lebendes Bild: **„Der Heiraths-Kandidat"**, dargestellt von den Fräulein Brühl, Brand, Klose, Sachs und dem Herrn Hasenhut. Dazu Lied aus „Fra Diavolo", gesungen von Frau Stotz. — Zweite Abtheilung: 1) **„Die Geschwister."** Schauspiel in einem Akt von Göthe. Personen: Wilhelm, ein Kaufmann, Herr Baumeister. Marianne, seine Schwester, Frln. Schwelle. Fabrice, Herr Guinand. Ein Knabe, Frln. Sachs. Ein Briefträger, Herr Zimmermann. — 2) Duett aus der Oper **„Der Alte vom Berge"** von Julius Benedikt, gesungen von den Fräulein Babnigg und Bunke. — 3) Lebendes Bild: **„Die Polizeistunde"**, dargestellt von den Herren Kläger, Keller, Stotz, Puschmann, Knebel und Moritz. Dazu: „Ein freies Leben führen wir", gesungen vom Chor des Theaters und 40 Mitgliedern eines Gesangvereines. — 4) Zum ersten Male: **„Eine Hochzeit in Klein-Polen."** Tanz-Burleske in einem Akt von Leonhard Hasenhut. Personen: Aron Hirsch, Bräutigam, Herr Hasenhut. Itzig Katz, Herr Schöbel; Schmuel Bär, Herr Nieselt; Moses Fuchs, Herr Gliwitzki. Elkan Wolf, Herr Mosewius; Heimann Löwy, Herr Kläger, Hochzeitsgäste. Aphanasia Hirsch, Arons Braut, Frln. Sachs. Euphrosine Katz, Frln. Brühl. Anastasia Bär, Frln. Brandt. Parthenia Fuchs, Frln. Behrendz. — Vorkommende Tänze: 1) Menuette; 2) Polka; 3) Schluß-Tableau.

Sonntag den 30. Dezbr., neu einstudirt: **„Das unterbrochene Opferfest."** Heroische Oper in 2 Aufzügen von Huber, Musik von Winter.

Heute um 10 Uhr Morgens Fortsetzung der Ziehung der Theater-Abonnements-Lotterie. Loose zu 4 Rthlr. und Loose zu 2 Rthlr. sind Morgens von 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr im Theater-Bureau und im Comtoir Herrenstraße Nr. 28 zu haben.

Verlobungs-Anzeige.

Meine am 23. d. M. zu Hamburg vollzogene Verlobung mit Fräulein Marie Sthames, ältesten Tochter des Kaufmann Herrn J. Sthames daselbst, beehre ich mich, Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Leschwitz bei Görlitz, den 27. Dezbr. 1849.
August Demisch.

Entbindungs-Anzeige.

Heute Abend um halb 9 Uhr wurde meine geliebte Frau Charlotte, geb. Großmann, von einem muntern Mädchen glücklich entbunden.

Breslau, den 25. Dezember 1849.
L. Nagelschmidt.

Privat-Aktuarien-Verein für Schlesien.

Herr Klinge ist nach dem Beschlusse der General-Versammlung vom 8. Dezember d. J. nicht mehr Mitglied des Vereins.

Breslau, den 15. Dezember 1849.
Das Direktorium.

Pensionaire,

entweder jugendliche, weibliche, oder selbstständige Personen, finden von k. Ostern ab bei Unterzeichneten: Wohnung mit Garten, Kost und Bedienung; erstere auch elterliche Pflege und Aufsicht.

Auskunft über uns werden die Herren: Konsistorialräthe Falk und Gillet, Probst Krause, Senior Berndt und Prediger Knüttell zu geben die Güte haben.

Müllendorff und Frau,
in Breslau, Taschenstraße Nr. 28.



Altes Theater.

Heute,
große Soirée des Hof-Künstlers
Wiljalba Frikel
und der spanischen Tänzer-Gesellschaft
Micheli Averino aus Rom.

Verpachtung des Trachenberger Stadt-Vorwerkes.

Zur anderweitigen Verpachtung des hiesigen zur Kämmerei gehörigen Vorwerkes von Johannis 1850 ab auf 9 Jahre haben wir einen Termin

auf den 4. Februar 1850,
Vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathhause hierselbst angesetzt und laden Pachtlustige dazu ein.

Das Gut besteht ohngefähr aus 357 Morgen Ackerland, meist Weizenboden, 105 Morgen Wiesen, 17 Morgen Hutung und Rasenflecken und 5 Morgen Hofraum und Unland, auch gehört dazu lebendes und todtes Inventarium.

Es ist eine Caution von 1000 Rthlr. in schlesischen Pfandbriefen oder Staatsschuldscheinen von jedem Licitanten im Termine zu deponiren.

Die Besichtigung des Gutes kann schon jetzt vor der Einwinterung erfolgen, die näheren Bedingungen werden jedoch erst vom 1. Januar k. J. ab in unserer Registratur einzusehen sein.

Trachenberg, den 21. Oktober 1849.
Der Magistrat.

Kleinigkeiten,

zum Verloosen am Sylvesterabend passend, sind in großer Auswahl, von 2½ Sgr. an, vorräthig bei: **A. v. Bardzki,**
Hintermarkt Nr. 2.

Bekanntmachung.

Die Pachtzeit der hiesigen städtischen Brauerei incl. Schank in unserem neuen Rathskeller endet Johannis k. J., und wird zur anderweitigen Verpachtung derselben auf 6 Jahre ein Termin

auf den 29. Januar 1850
Vormittags 11 Uhr

in unserm Sessionszimmer angesetzt, woselbst auch die Pachtbedingungen bekannt gemacht werden.

Freistadt, den 24. Dezember 1849.
Der Magistrat.

Börsen-Kränzchen.

Sonntag, d. 30. Dez., Abends 7 Uhr,

Ball und Souper.

Anmeldungen zum Souper werden bis **Sonntag Mittag** bei dem Dekonom Domke erbeten.

Sylvester-Ball

des **Mittwoch-Vereins** im **Hartmann**schen Lokal. Der Vorstand.

Ein junger Mann vom Rheine, welcher mit der **Tuchfabrikation** gehörig bekannt ist, einer solchen Fabrik einige Zeit im Bergischen vorstand, auch für eine solche Fabrik gereist ist, und sich augenblicklich in dieser Gegend befindet, sucht eine passende Stelle. Er sieht weniger auf hohes Salair als auf gute Behandlung. Gefällige portofreie Offerten unter F. Z. besorgt die Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

Es werden fünf Stück oberschlesische Eisenbahn-Aktien Lit. A. sub Nr. 3564, 6738, 12479 bis 12481 nebst Zinsen seit 1. Juli d. J. vermißt und ersucht man, im Fall solche zum Verkauf angeboten werden oder bereits angekauft sein, darüber sofort Nachricht zu ertheilen im Comptoir Schloßbrücke Nr. 2.

Kleinigkeiten,

zum Verloosen am Sylvesterabend, empfehlen
Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe

Komische und andere
höchst elegante **Neujahrs-Karten** empfing in großer Auswahl:
A. v. Bardzki, Hintermarkt Nr. 2.

Ein vierrädriger guter Handwagen zu billigem Preise wird zu kaufen gesucht: Kohlen-Ablage, Schießwerder Nr. 5.

Theater-Lotterie.

Bei der heute begonnenen Ziehung wurden folgende Gewinne gezogen:
Gewinne zu 40 Thlr. auf Nr. 39. 842.
Gewinne zu 30 Thlr. auf Nr. 692. 1190. 1488.
Gewinne zu 16 Thlr. auf Nr. 233. 569. 85. 1157. 1363. 95.
Gewinne zu 10 Thlr. auf Nr. 257. 439. 540. 682. 790. 1074.
Gewinne zu $6\frac{2}{3}$ Thlr. auf Nr. 76. 93. 188. 232. 75. 374. 442. 76. 95. 96. 512. 65. 609. 726. 38. 92. 800. 34. 927. 61. 1026. 41. 58. 66. 91. 1170. 1272. 84. 1330. 88.
Gewinne zu $5\frac{1}{3}$ Thlr. auf Nr. 1. 16. 43. 65. 80. 83. 84. 106. 7. 24. 30. 54. 56. 57. 59. 73. 76. 92. 241. 46. 65. 66. 81. 86. 89. 92. 313. 43. 83. 97. 400. 6. 34. 36. 38. 69. 85. 505. 21. 79. 611. 24. 26. 36. 45. 58. 96. 709. 74. 75. 87. 97. 817. 26. 39. 41. 63. 75. 79. 84. 914. 18. 36. 40. 47. 62. 79. 1027. 55. 75. 97. 1100. 14. 18. 34. 42. 60. 62. 66. 97. 1204. 20. 28. 51. 85. 87. 1308. 15. 21. 23. 36. 55. 59. 67. 98. 1414. 35. 50. 52. 58. 66. 73. 89.

Die Ziehung wird fortgesetzt und sind ganze Loose à 4 Thlr. und halbe Loose à 2 Thlr. im Theater-Büreau und Herrenstraße Nr. 28 im Comptoir zu haben.

Sächsisch-Schlesische Eisenbahn.

Bekanntmachung,

Einlösung der Dividendenscheine Nr 4 betreffend.

Die Dividende auf die Aktie der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1849 ist auf

Zwei Thaler

pro Aktie festgesetzt worden, und wird deren Auszahlung gegen Einlieferung des

Dividendenscheines Nr. 4, vom 2. Januar 1850 ab

bei hiesiger Hauptkasse (Bahnhof Antonstraße) bei der Bank in Leipzig, und auf dem Komptoir des Herrn Sparkassen-Direktors Heydemann in Bautzen (in letzter Stadt bis 31. Januar) erfolgen, welches hierdurch in Gemäßheit des § 30 der Gesellschafts-Statuten öffentlich bekannt gemacht wird.

Dresden, den 10. Dezember 1849.

Das Direktorium der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.
Anton Freiherr **v. Gablenz.**

Mit Bezug auf obige Bekanntmachung werden wir im Auftrage der Direktion der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft den Dividenden-Schein Nr. 4 mit **2 Rtl. preuß. Courant** vom 2. bis zum 31. Januar 1850 ohne Spesen für den Inhaber einlösen.

Gebr. Guttentag in Breslau, Ohlauerstr 87, in der goldnen Krone.

Israelitischer Beerdigungsverein vom J. 1844.

Die statutenmäßig festgesetzte jährliche Generalversammlung findet diesmal
Sonnabend den 29. d. M., Abends 6 Uhr,
im par terre gelegenen Saale des Fränkel'schen Hospitals statt, wozu alle Mitglieder des Vereins hierdurch eingeladen werden.

Der Vorstand des Vereines.
Dr. Grätzer. L. S. Cohn. Leop. Freund. Landsberger. Schreuer.

In der Auktion am Ringe Nr. 10 und 11,

welche bis zum Sylvesterabend fortgesetzt wird, kommen noch vor mehrere 100 Stück seidene, halbseidene, velour, wollene und Ballwesten, feine wollene Tricot-Hosen und Jacken für Herren, eine große Partie wollener und baumwollener Handschuhe, eine große Auswahl von den feinsten Gummi-Trägern, Binden, Schlipsen, Vorhemdchen, feinen kouleurten seidenen Tüchern und Shawls, wollene und halbwollene Shawls u. d. m.

Frische Silber-Lachse, Eis-Zander und Stettiner Eis-Hechte

empfing wiederum und offerirt **billigst:**

die Haupt-Niederlage frischer Ostsee-Aale des Gustav Rösner,

Fischmarkt Nr. 1, nächst der Oderbrücke, und Bürgerwerder Wassergasse Nr. 1.

Alle Arten gußeiserne Kochöfen, Kochapparate, so wie emaillirte u. rohe Kochgeschirre, empfiehlt billigst: Ferd. Rehm, Ritterplatz Nr. 1.

Eine große Auswahl
komische und andere elegante Neujahrs-Karten empfehlen:
Striegner & Bergmann, Ring Nr. 54.

Gas-Aether

ist bei Herrn **T. W. Kramer,** Büttner-Straße Nr. 30, à Pfd. $4\frac{1}{2}$ Sgr., fortwährend zu bekommen.

C. F. Capaun in Masselwitz.

Bekanntmachung.

Zu Panten, eine halbe Meile von Liegnitz, sind zwei- und dreijährige **Böcke edelster Merino-Stämme** zum Verkauf gestellt; so wie auch eine Partie einjähriger der Infantado-Race, tiefe und feine Kammwolle tragend.

Panten, den 26. Dezember 1849.

Thaer.

Schaf-Verkauf.

Das Dom. Ruppersdorf bei Strehlen hat eine Anzahl **sehr wollreicher Böcke** und **200 zur Zucht tauglicher Mutterschafe** zum Verkauf aufgestellt. Die letzteren werden erst nach der Schur abgegeben und können von hiesigen edlen Böcken gedeckt werden.

Das Wirthschafts-Amt.

Schöpse,

mit Körnern gemästet, offerirt das Dominium **Pöpelwitz** bei Breslau.

Neusilberne Schiebe- oder Stell-Lampen kosten bei uns nur $3\frac{1}{2}$ Thlr.

Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Tr.

Zu vermiethen sind große und kleine Quartiere Klosterstraße Nr. 80, im Dampfbade, und sofort zu beziehen.

Kaviar-Anzeige.

Den achten Transport frischen, großkörnigen, fließenden, wenig gesalzenen, Winter-Kaviar empfing:

Johann Nossoff,
Altbüßerstraße Nr. 13.

Schmaltblau, zu sehr ermäßigten Preisen, und **Ultramarin** (Neublau) von ausgezeichneter Qualität und in größter Auswahl, verkauft **Müllendorff** in Breslau, Taschenstraße Nr. 28.

Vermiethung.

Eine Wohnung im Hofe aus zwei Stuben, Alkove und Zubehör bestehend, ist bald oder nächste Ostern zu beziehen Karlsstr. Nr. 36.

Eine freundliche Stube

mit Entree ist mit oder ohne Möbel sofort zu vermiethen Langegasse Nr. 7, zwei Stiegen hoch.

Zwei freundliche Wohnungen,

die eine zu 4 Stuben, die andere zu 3 Stuben, Küche und nöthigem Beigelaß sind Neumarkt Nr. 8 bald zu beziehen.

Ein großes Souterrain nebst einer Remise,

hell und trocken, zur Lagerung von Wolle, so wie auch aller anderen Waaren vorzüglich geeignet, sind Langegasse Nr. 23 sofort zu vermiethen und zu beziehen. Näheres Wallstraße Nr. 1b, par terre, zu erfahren.

Zu vermiethen und sofort zu beziehen:

1) Schmiedebrücke Nr. 40 die 3. Etage, aus 3 Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß bestehend.
2) Gräupnergasse Nr. 2 mehre kleine Wohnungen.
3) Gräupnergasse Nr. 3 desgleichen.
4) Ufergasse Nr. 37 desgleichen.
5) Ufergasse Nr. 28 desgleichen.
6) Laurentiusplatz Nr. 1 desgleichen.
7) Gellhorngasse Nr. 3 desgleichen.
8) Basteigasse 6 eine Wohnung par terre.
9) Albrechtsstraße Nr. 40 die zweite Etage, aus 2 Stuben, Alkove und Küche bestehend.
10) Albrechtsstraße Nr. 45: a. eine Wohnung in der zweiten Etage; b. ein Verkaufsgewölbe.
11) Ursulinerstraße Nr. 2 mehre kleine Wohnungen.
12) Graben Nr. 42 desgleichen.
13) Ursulinerstraße Nr. 4 desgleichen.
14) Hummerei Nr. 31 desgleichen.
15) Weidenstraße Nr. 3 a. mehre mittlere und kleine Wohnungen; b. das Souterrain; c. ein Hausladen.
16) Ohlauerstraße Nr. 23 mehre mittlere und kleine Wohnungen.
17) Ohlauerstraße Nr. 50 desgleichen.
18) Ketzerberg Nr. 14: a. eine Wohnung in der ersten und eine desgleichen in der zweiten Etage, jede aus 3 Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß bestehend; b. ein Garten.
19) Seminarstraße Nr. 4 und 5: a. mehre kleine Wohnungen; b. ein Garten.
20) Klosterstraße Nr. 1d zwei kleine Wohnungen.
21) Klosterstraße Nr. 49 mehre kleine und mittlere Wohnungen.
22) Margarethenstraße Nr. 4 eine kleine Wohnung.
23) Margarethenstraße Nr. 10: a. die Töpferei nebst dazu gehöriger Wohnung; b. mehre kleine Wohnungen.
24) Hintermarkt Nr. 1: eine mittlere und eine kleine Wohnung.
25) Bischofsstraße Nr. 9: a. ein Keller, b. eine kleine Wohnung.
26) Bischofsstraße Nr. 15 eine Wohnung in der zweiten Etage, aus 3 Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß bestehend.
27) Ketzerberg Nr. 13 die Restaurations-Lokale nebst Garten.

Administrator **Kusche,** Altbüßerstraße Nr. 47.

Albrechtsstraße Nr. 20 ist der Milchkeller zu vermiethen.

Messergasse Nr. 20 sind 2 Stuben u. 1 Alkove zu vermiethen und Ostern 1850 zu beziehen. Das Nähere im Gewölbe.

Stockgasse Nr. 30, nahe am Ringe, ist das Putz-Gewölbe zu vermiethen.

Die von Hrn. **Stahl** inngehabten **Pferdeställe mit Remise** sind anderweitig zu vermiethen: Kleine Groschengasse Nr. 4, im Siehdichfür.

Taschenstraße Nr. 20 ist die Hälfte des dritten Stocks sofort zu beziehen. Näheres par terre links.

Veränderungshalber ist eine sehr schöne **Stube, Sandstr. Nr. 6,** 2. St., vornheraus, für den vierteljährigen Miethpreis von **6 Thlr.** bald zu beziehen.

Hummerei Nr. 51 ist der zweite Stock für einen einzelnen Herrn oder Dame zu vermiethen.

Friedrichs-Straße Nr. 3,

vor dem Schweidnitzer Thore, ist eine Kochstube, Stube und Alkove für 45 Thaler zu vermiethen.

Hôtel garni. Gute möblirte Zimmer sind fortwährend für Fremde möglichst billig auf jede beliebige Zeit zu vermiethen Albrechtsstraße 39 und Tauenzienstraße 83, Ecke vom Tauenzienplatz. **R. Schultze.**

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Holzhändler Simmel und Gutsbesitzer von Voß aus Berlin. Rentier Butter und Eigenthümer Sopez und Gomez aus Wien. Herr d'Oubril a. Petersburg. Buchhändler Hoffmann aus Löwenberg.

27. u. 28. Dez.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	26" 10,12'''	26" 9,84'''	26" 10,46'''
Thermometer	— 1,0	— 3,4	— 1,6
Windrichtung	S	NW	SSW
Luftkreis	überw.	meist bewölkt	überw.

Auktion in Breslau.

Den 29. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Breitestraße Nr. 42, Cigarren, Wein ꝛc.

Börsenberichte.

Breslau, 28. Dezember. Wenig Geschäft und Kourse von Friedrich-Wilhelms-Nordbahn weichend und am Schlusse zu $44\frac{1}{2}$% zu haben. Fonds unverändert.

Breslau, 28. Dezember. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Kaiserliche Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Friedrichsd'or $113\frac{5}{12}$ Br. Louisd'or $112\frac{5}{12}$ Br. Polnisches Courant 96 Br. Oesterreichische Banknoten $91\frac{1}{4}$ Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige Preußische Anleihe 107 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% 88 Gld. Breslauer Stadt-Obligationen $3\frac{1}{2}$% $97\frac{1}{4}$ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 100 Gl., neue $3\frac{1}{2}$% $90\frac{1}{2}$ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $95\frac{1}{4}$ Br., Litt. B. 4% 100 Gl., $3\frac{1}{2}$% 93 Br. Alte poln. Pfandbriefe 4% $96\frac{1}{4}$ Br., neue $95\frac{5}{12}$ Gl. Poln. Schatz-Obligationen $80\frac{1}{2}$ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. $80\frac{3}{4}$ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $79\frac{1}{2}$ Gl., Priorität 4% — Oberschlesische Litt. A. $109\frac{1}{4}$ Br., Litt. B. $106\frac{3}{4}$ Br. Krakau-Oberschlesische $68\frac{3}{4}$ Gl. Niederschlesisch-Märkische $84\frac{1}{2}$ Br., Prior. 5% $103\frac{3}{4}$ Gld., Serie III. $103\frac{1}{6}$ Gl. Neisse-Brieger 31 Gl. — — Köln-Mindener $95\frac{1}{4}$ Br., Priorität $103\frac{1}{4}$ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 45 Br.

Paris, 25. Dezember. 3% — — 5% 92. 35.

Berlin, 27. Dezember. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner $3\frac{1}{2}$% $94\frac{3}{4}$ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 69 Br., Prior. 4% 85 Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $45\frac{1}{4}$ à $44\frac{1}{2}$ bez. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $84\frac{1}{4}$ bez. und Br., Prior. 4% $94\frac{3}{4}$ Gl., Prior. 5% 104 bez. und Gl., Ser. III. 5% $103\frac{1}{4}$ bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 29 Br., Prior. 5% 90 bez. und Gl. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% 109 bez. und Br., Litt. B. 106 bez. und Br. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% $106\frac{5}{8}$ bez und Gl. Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $88\frac{1}{2}$ bez. und Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine $101\frac{1}{2}$ Gl. Posener Pfandbriefe 4% — — $3\frac{1}{2}$% $90\frac{3}{4}$ bez. Preußische Bank-Antheile $92\frac{3}{4}$ à 93 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% $96\frac{1}{4}$ bez., neue 4% $95\frac{1}{2}$ bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. $80\frac{1}{4}$ bez. und Gl., à 300 Fl. 114 Gl.

Fonds und die meisten Eisenbahn-Aktien gut preishaltend, nur Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-, Rheinische und Thüringer Aktien wurden niedriger verkauft.

Frankfurt a. M., 27. Dezember. Nordbahn 46.

Hamburg, 27. Dezember. Nordbahn $44\frac{3}{4}$. Köln-Minden $93\frac{3}{4}$.

London, 24 Dezember. Consols $96\frac{1}{4}$.

Getreide-, Oel- und Zink-Preise.

Breslau, 29. Dezember. Weizen, weißer 54, 49, 43 Sgr.; gelber 51, 46, 40 Sgr. Roggen 28, $26\frac{1}{2}$, 25 Sgr. Gerste $24\frac{1}{2}$, 23, 21 Sgr. Hafer 18, 17, 16 Sgr. Rother Kleesaamen 9 bis $14\frac{1}{2}$ Thlr.; weißer 5 bis 14 Thlr. Spiritus 6 Thlr. Br., $5\frac{5}{6}$ Gl. Rohes Rüböl $14\frac{3}{4}$ Thlr. Br. Rapps 110, 107, 105 Sgr. Rübsen 90, 85, 80 Sgr. Zink ohne Handel.

Stettin, 27. Dezember. Weizen 89 Pf. Frühjahr $51\frac{1}{2}$. Roggen $26\frac{1}{2}$, Frühjahr 28 Br. Rüböl $13\frac{1}{12}$, Januar $13\frac{1}{6}$, März $12\frac{2}{3}$, April $13\frac{1}{3}$ Br. Spiritus 25. $23\frac{1}{4}$. Zink $4\frac{5}{6}$ bez.

Badische 35 Fl. Anleihe,

16. Serien-Ziehung am 30 November 1849.
Serie 519. 546. 678. 1683. 1832. 2599. 2643. 2740. 3776. 4839. 4972. 5015. 5097. 5978. 6770. 6803. 7060. 7291. 7441. 7909.

Kurhessische 40 Thlr. Anleihe,

9. Serien-Ziehung am 1. Dezember 1849.
Serie 696. 1230. 1290. 1398. 1494. 1581. 1615. 2340. 3102. 4389. 4583. 4668. 5271. 5322. 5993. 6002. 6057. 6382. 6524. 6658.

Sardinische 36 Frcs. Anleihe,

9. Serien-Ziehung am 1. Dezember 1849.
Serie 39. 111. 195. 227. 231. 282. 301. 341. 345. 375. 388. 401. 416. 490. 499. 526. 644. 646. 652. 667. 743. 774. 775. 851. 869.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.